

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 30

Duisburg, den 27. Juli 1929

30. Jahrgang



Vertrauensmann! Der Sturm der sozialen Reaktion droht! Es gilt jetzt, mit verdoppeltem Eifer das Samenkorn des gewerkschaftlichen Gedankens weithin zu säen! Dann trägt deine Arbeit reiche Frucht für unseren Christlichen Metallarbeiterverband!

Um Betriebsleben und Branchenarbeit



In den großen Tarifgebieten sind wir lohnpolitisch in die Zeit langfristiger Tarifverträge hineingetreten. Allenthalben macht sich die Tendenz bemerkbar, das System kurzfristiger Verträge umzuwandeln in Verträge größerer Laufdauer. Es ist im Rahmen dieses Artikels nicht unsere Aufgabe, daß für und wider dieser Erscheinung abzuwägen, sondern lediglich die Tatsache festzustellen.

Auf den ersten Blick möchte es wohl einigen Kollegen scheinen, als ob mit der längeren Laufdauer der Tarifverträge wichtige und lebensstrahlende Elemente der Agitation in den Hintergrund gedrückt worden wären und als ob die Werbearbeit dadurch etwas erschwert sei. Stimmt das, dann müßte es allerdings um eine Bewegung schlecht bestellt sein, die ihre hauptsächlichsten agitatorischen Antriebskräfte aus dem schnellen und sprunghaften Wechsel kurzfristiger Verträge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herholen wollte. Im Gegenteil, es zeigt sich auch für die Kollegenschaft immer deutlicher, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfragen zwar äußerst wichtige, ja fundamentale Bedingungen des Ringens einer Gewerkschaftsbewegung sind, daß sie aber trotzdem nur Ausschnitte aus dem Gesamtwillen der Arbeiterschaft darstellen.

Was früher bei dem schnelleren Wechsel der Tarifverträge nicht immer möglich war, nämlich die überaus vielseitigen und notwendigen Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterschaft einzuprägen, dazu ist heute bei der größeren Laufdauer der Verträge Zeit und Gelegenheit geboten. Es gilt, die Kollegenschaft noch aufgeschlossener für die Gesamtfragen zu machen. Und gerade dieses Aufgeschlossen-machen wird eine solche Unsumme von neuen Fragen, notwendigsten Arbeiten und für den Arbeiter selbst bedeutungsvollen Interessen bringen, daß bei einem richtigen Anfassern der Sache wir uns über ein zu wenig an Aufgaben und an Stoff und daher auch an Werbemöglichkeiten wirklich nicht zu beklagen brauchen.

Wir möchten an dieser Stelle nur auf zwei größte Arbeitsgebiete aufmerksam machen, nicht als ob wir glaubten, damit etwas Neues zu sagen, sondern aus dem Gedanken heraus, daß bei noch stärkerer Herausarbeitung dieser zwei Arbeitsgebiete riesig viel Ersprießliches für Arbeiterschaft und Gewerkschaft zu leisten ist, nämlich die **Tätigkeit für das Betriebsleben und die Branchenbewegung**.

Es scheint notwendig, daß wir den Arbeiter mit unserer ganzen gewerkschaftlichen Arbeit noch vertiefter als es bis heute geschehen konnte, von seinem Standort im Betrieb, von seiner Arbeitsstelle aus zu packen suchen. Daher ist unsere Tätigkeit stärkstens hinzulenken auf das Gebiet der Sicherung des Arbeiters im Betrieb, der Arbeitsbildung, der Hingabe an den Beruf, der Versetzungen zwischen Produktion und Sozialpolitik für den Arbeiter und seine Familie. Wir müssen gewissermaßen die Arbeitsstelle als Kernzelle, als Kernzelle des wirtschaftlichen, sozialen, ja selbst des politischen Seins lebendiger zu gestalten und von da aus auch die weltanschauliche und staatspolitische Stellung, die Stellung zu Kapital, Unternehmertum zu fundamentieren suchen.

Packen wir den Arbeiter vom Betrieb aus an ganz einfachen Sachen an. Wie steht es um die Unfallverhütung? Verhütung von Lärm, Staub, Rauch, Gas, Ausbau der hygienischen und sanitären Einrichtungen und Vorkehrungen, Schaffung und Ausbildung von Betriebsüberwachungsorganen aus der Arbeiterschaft? Wie steht es mit der Frage der Gewerbekrankheiten als Betriebsunfälle? Arbeitsschutzgesetz? Gewerbehygiene? Sicherung der Opfer der Rationalisierung? Entlassungsschutz? Die tausendfältigen Fragen arbeitsrechtlicher und sozialversicherungsartiger Natur. Wie steht es mit den Lehrlingen, mit den Arbeiterinnen im Betrieb? Mit den Betriebsräten? Wo steht das Unternehmertum gewisse

sozialreaktionäre Hebel an und wie begegnen wir diesem Willen?

Gewiß, alle diese Fragen sind irgendwann und irgendwo in jeder Ortsverwaltung schon behandelt worden. Aber es scheint nicht immer die systematische und auf weite Ziele vorgestreckte Arbeit geherrscht zu haben. Um diese Fragen in dem notwendigen Gesamtrahmen sehen und daraus die Konsequenzen ziehen zu können, ist eine genau stimmende Betriebskartothek die unerläßliche Voraussetzung. Die Zahl der Betriebe der Metallindustrie im Bereich der Verwaltungsstelle, die Art des Gewerbes, die Arbeiterzahl, die Organisiertenzahl (wo organisiert) zu wissen, sind an sich solche Selbstverständlichkeiten und Notwendigkeiten, daß man sie gar nicht erörtern brauchte. Wir möchten hoffen, daß jede Verwaltungsstelle gerade darauf sehr viel Acht legt. Leider scheint das in einigen Orten nicht der Fall zu sein. Wie steht es mit den Betriebsversammlungen? Vor allem mit Betriebsmitgliederversammlungen? Man wird das Gefühl nicht los, als ob in einigen Verwaltungsstellen nicht genügend Wert darauf gelegt wird. Das Betriebsvertrauensmännersystem müßte mancherorts einen Ausbau erfahren. Sind doch gerade die Betriebsvertrauensleute die stärksten Stützen der Organisation, wenn sie in Bewußtheit zu schaffen gelernt haben und dauernd angeregt werden. Die Betriebsräte haben im engsten Einvernehmen mit dem Verband zu arbeiten, besonders ist ihre gewerkschaftliche Betätigung noch stärker fruchtbar zu machen. Ist das alles „im Lot“, dann ergeben sich die Wirkungen der so notwendigen Betriebsagitation wesentlich leichter.

Der zweite Punkt ist die Branchenarbeit. Sie geht vom Beruf aus, seinen Eigentümlichkeiten, seinen Forderungen, seinem Willen. Gerade in der Berufsarbeit liegen die tiefsten Klammern der Zweckhaftigkeit der Arbeit, da liegt die Arbeitsfreude, die Arbeitshingabe. Von Beruf und Berufsarbeit aus kann auch der Metallarbeiter am stärksten mit gepackt werden. Nicht umsonst sind wichtige Zweige des Metallgewerbes, Schmiede, Schlosser, seit Alters her maßgebend für die Bildung des Berufsgeistes und der Standeshhre gewesen. Zwar hat die Metallindustrie in den letzten Jahren eine Reihe vollkommen neuer Berufszweige geschaffen (z. B. Schweißer und Brenner) aber es ist doch erstaunlich, wie schnell auch in diesen Gruppen ein Eigengefühl sich bemerkbar macht. Dieses Eigengefühl, das zu einem Berufsbewußtsein geweckt werden muß, gilt es verständnisvoll zu pflegen. Nicht in radikaler Absonderung und Einseitigkeit, sondern im bewußten Wert der der Branche eigentümlichen Arbeit muß die Kollegenschaft der Branche das Ganze sehen und fördern. Im Ganzen, im Verbands, erst ist auch die einzelne Branche stark und kann sich auch wirtschaftlich durchsetzen.

Wir haben im Christlichen Metallarbeiterverband an vielen Orten eine sehr gute, geschickt arbeitende und auswirkende Branchenbewegung. Aber sie tritt teils zu wenig hervor, teils ist sie für manche Berufszweige notwendig ausbaufähig. Was bei guter Branchenarbeit und zäher Tätigkeit erzielt werden kann, dafür ist gerade der neueste Zweig der Metallindustrie, die Schweißer und Brenner, ein Schulbeispiel. Durch Branchenversammlung, Kurse, theoretischer und vor allem praktischer Art, hat z. B. unsere Ortsverwaltung Essen für die geistige und berufliche Fundamentierung dieses neuen Berufszweiges außerordentlich viel getan, mit dem Erfolg, daß die Schweißer und Brenner sich sehr zahlreich dem Christlichen Metallarbeiterverbände angeschlossen. Es ist hier unmöglich, alle Branchen des Metallgewerbes aufzuzählen, dafür sind sie zu zahlreich. Es sollte aber keine Verwaltungsstelle geben, die nicht gerade auf das Gebiet der Branchenbearbeitung nachdrücklichstes Gewicht legte. Wo es möglich ist, sollte man dem Gedanken, den einige Verwaltungsstellen schon in die Tat umgesetzt haben, einem freigestellten Kollegen der

Ortsverwaltung das Gebiet der Branchenbearbeitung als Spezialaufgabe zuzuweisen, näherzutreten. Kaum ein Gebiet lohnt sich so zur gewerkschaftlichen Bearbeitung wie dieses. Man muß natürlich das Beste bieten in Branchen-Ver-sammlungen und besonders in den Fachkur-sen. Dann sehen wir, daß die Kollegen auch gerne ein Opfer bringen für die Weiterbildung in ihrem Fach. Die Frage der Branchen-Vertrauensleute ist vor allem von sehr großer Wichtigkeit, der man hier und da leider noch nicht die genügende Aufmerksamkeit beimißt. Wo die Möglichkeit besteht, sollte man mit Ausstellungen der Arbeiten der Branchengruppen an die Öffentlichkeit treten. Gerade in der Branche will auch die Einzelpersönlichkeit stärker zu ihrem Recht kommen. Und das ist gut.

Es ist einleuchtend, daß diese Arbeiten insgesamt für das Betriebsleben sowohl wie für die Branchenbewegung eine große Anzahl tätiger und arbeitsfroher Mitschaffer erfordert. Ohne die geht es nicht. Und es ist notwendig, daß für diese Arbeiten die Verantwortung auf möglichst viele Schultern ruht. Jeder denkende Mensch, der schafft, will es in einem Stück Verantwortung tun und so ist es auch

in der Gewerkschaftsbewegung. Kein Mensch möchte nur Befehle ausführen ohne inneren Zusammenhang sehen, er will Mitverantwortung haben, will mitraten und mittaten. Die letzte Verantwortung und die Gesamtführung muß in der Hand des Leiters der Verwaltungsstelle liegen, aber alle Kräfte des sich verantwortl.ühlenden und zur Mitverant-wortung drängenden Kollegen müssen für das Ganze, für den Verband fruchtbar gestaltet werden. Dann erst gibt es einen guten Zusammenklang.

Die zwei in diesem Artikel skizzierten Momente gilt es in der kommenden Zeit zu vertiefen. Damit dienen wir am wirksamsten der Metallarbeiterschaft und damit auch dem Christlichen Metallarbeiterverband, durch dessen Tätigkeit ja erst die Erfolge für die Metallarbeiterschaft ermöglicht werden. Uns alle aber muß das Wollen beseelen, gerade im Hinblick auf das im Oktober stattfindende dreißigjährige Bestehen unseres Verbandes und die großen noch zu erfüllenden Aufgaben, mit vereinten Kräften die Werbearbeit für unsern Verband zu betreiben, damit vor allem auch die Anschläge der sozialen Reaktion unwirksam gemacht werden können.

G. W.

Die Folgen der Ueberkartellierung



Deutschland ist das Land der strengsten industriellen und gewerblichen Organisation. Was wir an Kartellen, Syndikaten, Innungen, Konventionen usw. haben, geht in die Tausende. Allein 3000 Kartelle oder kartellähnliche Verbindungen besitzt Deutschland. Man redet heute vielfach gerade beim Unternehmertum von der „behördlichen, diktatorischen Wirtschaftsführung“, man wünscht „liberalere wirtschaftspolitische Grundzüge“, ohne die Konsequenz zu ziehen, daß dieses in Deutschland geübte Kartellierungssystem nahe daran ist, den Selbständigkeitswillen des Unternehmers zu unterbinden und vor allem, jeden frischen Luftzug einer gesunden Konkurrenz hermetisch von der Wirtschaft abzuschließen.

Nun sind auch wir als Arbeiterschaft nicht Gegner der Kartelle usw. schlechthin. Sie haben einen gewissen gesamtwirtschaftlichen Nutzen und können daher auch eine Notwendigkeit sein. Aber allzu leicht neigen diese Kräfte einseitigen Tendenzen zu, schrauben ohne Rücksicht auf den Konsumenten die Preise gerade lebensnotwendiger Produkte in die Höhe; sie überdimensionieren sich, d. h. die allzu große Produktionskapazität wird durch die Kartelle künstlich hochgehalten. Die Verbraucher können sehen, wie sie damit fertig werden. Die Gewinnspanne ist bei vielen kartellierten Gewerben außerordentlich hoch. Ein bedeutender Teil des Gewinnes wird ferner nicht etwa zur Rationalisierung oder Preisenkung gebraucht, sondern zu einer maßlosen Bekämpfung der Außenseiter, die sich dem Joche eines überkartellierten Gewerbes nicht beugen wollen.

Ein Beispiel, wohin diese Ueberkartellierung führt, zeigt die deutsche Zementindustrie. Schon im vorigen Jahre mußte Klage darüber geführt werden, daß auf den Auslandsmärkten deutscher Zement um rund 50 Prozent billiger zu haben war als auf dem deutschen Inlandsmarkt.

Die deutsche Zementindustrie ist außerordentlich fest kartelliert, was ihr jede Preishöhe erzwingt. Nun haben sich einige Außenseiter in diesem Gewerbe gezeigt, die den Zement ein gut Stück unter Kartellpreis anbieten und auch dabei noch sehr gute Geschäfte machen. Gegen diese Außenseiter wird ein Kampf in einer Schärfe und mit allen Mitteln geführt, der zugleich ein Schulbeispiel dafür ist, was der Arbeiterschaft einmal blühen dürfte, wenn die soziale Reaktion Oberwasser erhalten sollte.

Nicht um einiger interessanter Einzelfälle, sondern um zu zeigen, mit welchen Mitteln, sei es des Geldes, der kommunalpolitischen Beeinflussung, der wirtschaftlichen Erdrösselung, der Brotlosmachung, gearbeitet wird, um die Ziele des Kartells zu erreichen. Alles in allem: kapitalistischer Geist in Reinkultur.

Die Gegend um Beckum ist Sitz einer starken Zementindustrie. Sieben Werke gehören dort dem Syndikat an, ein achttes, ein Außenseiterwerk, ist im Entstehen. Dieses hatte ein Gelände erworben, dessen Ertrag jedoch nur ein paar Jahre vorgehalten hätte, und wollte deshalb ein städtisches Grundstück dazukaufen. Die Syndikatswerke drohten, ihre gesamten Betriebe stillzulegen, wenn die Stadt dem Außenseiter das Gelände verkaufe. Wollte sich jedoch die Stadt verpflichten, niemals ein Grundstück Außenseitern des Kartells zu überlassen, dann würden sich die Werke verpflichten, die Belegschaft eines Beckumer Werkes von 20 auf 100 zu erhöhen und zwei Wege kosten- und lastenfrei an die Stadt aufzulassen. Daß die Wahl für die Stadt äußerst schwer war, braucht nicht erwähnt zu werden. Das Wohl der Stadt kämpfte mit dem volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen. Die Stadtverordneten setzten sich für den Außenseiter ein, der Magistrat für die kartellierten Zementwerke. Diese legten deshalb stärkere Daumenschrauben an. Die Stilllegungs-

Hunderte von Arbeitskollegen

verlassen täglich mit dir den Betrieb.

Aber viele sind noch unorganisiert!

An ihnen gilt es, deine Pflicht als organisierten Kollege zu tun!





Aehren und Eisen

drohungen wurden aufrechterhalten, Arbeiterschaft und Mittelstand eingeschüchtert. Die Syndikatswerke drohten ferner („Magazin der Wirtschaft“ Nr. 27/1929), die Guthaben, die sie bei öffentlichen Geldinstituten der Stadt Beckum hatten, zurückzuziehen. Sollte die Stadt jedoch ihren Wünschen entsprechen, so wollten sie über ihr erstes Angebot hinausgehen und der Stadtkasse Beckum jährlich 30 000 M zahlen. Eine Einigung blieb dabei auf die Dauer nicht aus. Letztlich kann man es auch Stadtvätern nicht verdenken, wenn sie nicht schärfer vorgehen wollen gegen Kartellauswüchse als die ganze deutsche Gesetzgebung.

In Paderborn ist etwas Gleichartiges vor sich gegangen. Hier erhält die Stadt für ähnliche Verpflichtungen jährlich 110 000 M, abgesehen von einer einmaligen Barzahlung von 689 000 M für die Uebertragung einiger Grundstücke. Kenner behaupten, daß in beiden Fällen das Syndikat noch ein äußerst günstiges Geschäft gemacht habe.

Gegen die Außenseiter läßt man alle Minen springen. Vor allem wird die Kreditwürdigkeit der Außenseiter bei den Maschinenfabriken verdächtigt, wie das der Norddeutsche Zementverband im Falle des Zementhändlers Tolle getan hatte, eine Sache, die vom Kartellgericht zur Verurteilung des Zementverbandes führte. Man bedroht Baumaterialien- oder Maschinenlieferanten mit Boykott, man nimmt Abriegelungskäufe vor, verhindert nach Möglichkeit Bahnanschlüsse, bedroht die betreffenden Gemeinden usw.

Noch ein Beispiel: Der Eigentümer einer norddeutschen

Zementfabrik war kurz nach der Stabilisierung in finanzielle Schwierigkeiten geraten und ging mit dem Gedanken um, aus dem Kartell auszuschneiden, um seine Produktionsfähigkeit besser auszunützen zu können. Bevor das jedoch geschah, sanierte das Syndikat den Betrieb. Es erwarb sämtliche Geschäftsanteile mit der Verpflichtung, sie nach Ablauf von zehn Jahren dem ehemaligen Besitzer zurückzuerkaufen oder ihn in der Zwischenzeit als Geschäftsführer anzustellen. Das Syndikat hatte nun Gelegenheit, alle Interna des Betriebes kennenzulernen und stellte dabei fest, daß die Firma einige Jahre vorher Lieferungen unter Umgehung des Syndikats und zu niedrigeren Preisen ausgeführt hatte. Der Firma wurde deshalb eine Konventionalstrafe von 7 Millionen Mark auferlegt und der Geschäftsführer fristlos entlassen. Die Gründung eines neuen Werkes durch den ehemaligen Zementfabrikanten wurde mit allen Mitteln unterbunden, und bei einem Vergleich wurde zwar die Vertragsstrafe auf 100 000 M ermäßigt, aber dem ehemaligen Eigentümer und Geschäftsführer die Verpflichtung auferlegt, dem Verband und seinen Werken auf eine Reihe von Jahren hin weder „Konkurrenz noch sonstige Schwierigkeiten“ zu machen.

Das ist eine kleine Blütenlese aus der Politik einer durchkartellierten Industrie. Wir möchten wünschen, daß solche Fälle in den anderen Industrien nicht zu verzeichnen wären, aber wir haben den Glauben daran nicht. Das alles sind ganz bedenkliche Krankheitssymptome in der Wirtschaft und Warnungszeichen, daß verschiedene Industriegruppen ihre Stellung im Rahmen der Gesamtwirtschaft in einem Maße überspannen, die mit vernünftiger Wirtschaftspolitik, worauf man sich so gern beruft, gar nichts zu tun hat. Gegenüber solchen Auswüchsen hat auch bis heute die Kartellverordnung noch wenig Remedur schaffen können. Gerade die Zementindustrie wäre in der Lage, einen starken Preisabbau herbeizuführen; aber statt dessen denkt man noch an Preiserhöhungen. Es bleibt nur abzuwarten, ob die Öffentlichkeit auf die Dauer sich eine solche Politik gefallen läßt.

Der Arbeiterschaft aber möge eine solche Politik einer Industriegruppe ein Mahnzeichen sein, wessen der Kapitalismus fähig wäre, wenn ein gewisser staatlicher Zwang (Tarif- und Schlichtungswesen zum Beispiel) oder der Damm der gewerkschaftlichen Organisation nicht vorhanden wäre. Mit den „Unorganisierten“ in den Unternehmerkreisen springt die Industrie gar nicht zärtlich um, dieselben Herren, die gegenüber der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sich als Schützer der unorganisierten Arbeiter aufspielen. Wenn die Herren der Industrie schon so mit den eigenen Kollegen umgehen, was würde dann erst der Arbeiterschaft blühen, wenn sie ihre Gewerkschaftsbewegung nicht schlagkräftig erhält und mit allen berechtigten Mitteln für den weiteren mitgliedermäßigen und finanziellen Ausbau sorgt! Wbr.

Arbeitgeber und Sozialversicherung

Uroße Teile der deutschen Unternehmer stehen heute in scharfer Frontstellung gegen die Sozialversicherung. Es hat den Anschein, als ob sie dabei geführt würden von politisch sehr extrem eingestellten Kreisen. Im Interesse des notwendigen Zusammenarbeitens zwischen den beiden Kontrahenten in der Produktion, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und des Schutzes des kranken, erwerbslosen oder invaliden Arbeitermenschen ist das sehr zu bedauern.

Man gibt vor, die Mißstände bei der Sozialversicherung und die Lasten derselben seien so groß, daß unbedingt eine Reform, wenn nicht gar eine radikale Aenderung kommen müsse. Die Arbeiterschaft ist die letzte, die nicht auch von sich aus das größte Interesse daran hat, wirkliche Mißstände in der Sozialversicherung — wenn und wo solche bestehen sollten — mit beheben zu helfen. Sie weiß, daß sie sich das selbst und ihrer Ehre schuldig ist. Aber es muß auch gesagt werden, daß die Zahl der z. B. von der Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung angegebenen Fälle von Mißbrauch noch nicht 0,001 Prozent ausmachen.

Es gibt aber auch eine Reihe Unternehmer, die, abseits einseitiger Einstellung, kühl und klar die Sozialversicherung betrachten und dann in Konsequenz ihrer Stellungnahme den Gedanken einer Förderung der deutschen Sozialversicherung aussprechen. Wir möchten das buchen als ein Zeichen erfreulicher Einsicht und möchten nur hoffen, daß diese Einsicht auf die Dauer auch im Unternehmerlager sich erfolgreich durchsetzen könne.

Auf einer machtvollen Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft Beckums am 14. Juli um die Sozialversicherung, an der nicht nur die Spitzen der Behörden mit dem Bürgermeister, sondern auch Abgeordnete, Unternehmer, Zeitungsverleger und zahlreiche Vertreter der Bürgerschaft teilnahmen, sprach in der Diskussion Fabrikant Provinziallandtagsabgeordneter Raestrup aus Welde zu den Fragen der Sozialversicherung („Glocke“, Welde, Nr. 161/1929):

„Ich glaube, daß die ruhige und sachliche Art, mit der hier das Problem der gesamten Sozialversicherung behandelt wurde, sicher dazu beitragen wird, grundsätzliche Vorurteile gegen die Sozialversicherung zu beseitigen. Leider ist in der letzten Zeit der

Kampf gegen die Sozialversicherung zu einer Manie geworden. Es gibt Leute, die die Sozialversicherung verurteilen wegen einzelner kleiner Fehler, sich aber über die vielen guten Seiten der Versicherung noch nie ein Urteil gebildet haben. Aber wo viel Licht ist, da ist auch Schatten! Es soll nicht abgeleugnet werden, daß hier und da auch Fehler gemacht werden. Als Nachfolger meines verstorbenen Vaters habe ich das Ehrenamt als Vorsitzender der Ortskrankenkasse Oelde übernommen, und ich muß sagen, daß mir von allen Ehrenämtern kein einziges so viel Freude macht, als gerade dasjenige als Vorsitzender der Ortskrankenkasse. Es gab mir die Möglichkeit zu einem tiefen Einblick in die Sozialversicherung, und ich habe feststellen können, daß die vielen Angriffe gegen die Ortskrankenkasse unge-rechtfertigt waren. So wird so gern behauptet, die Krankenkassen verschlingen 40 bis 50 Prozent der Beiträge allein an Verwaltungs-kosten. Meine Herren! Das ist glatter Unsinn! Die Ortskrankenkasse, die ja den teuersten Verwaltungsapparat haben soll, verbraucht an Verwaltungskosten sechs Prozent. Wenn alle Vorstandsmitglieder — ich erinnere daran, daß sich der Vorstand der Ortskrankenkasse zusammensetzt aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern — ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, dann können solche Zustände, wie sie immer geschildert werden, gar nicht vorkommen.

Was nun weiter die Sozialversicherung angeht, so pflege ich den Segnern der Sozialversicherung stets zu sagen: Was sollte werden, wenn es keine deutsche Sozialversicherung gäbe? Und wenn man diese Frage stellt, dann pflegen die Angriffe auf die Versicherung schon von selbst aufzuhören. Der kleine Arbeitgeber, der doch selbst sicherlich froh ist, wenn sein Betrieb Beschäftigung hat, wäre doch glatt erledigt, wenn es keine Sozialversicherung gäbe. Was wollte er machen, wenn z. B. durch einen größeren Unfall mehreren Familien plötzlich der Ernährer genommen würde, wenn es keine Sozialversicherung gäbe? Gewiß, er könnte, wenn er es fertig brächte, die Witwe mit den hungernden Kindern einmal abweisen, sie würde aber immer wieder und wieder kommen. Der Unternehmer hat die sittliche Verpflichtung, hier zu helfen. Für solche Fälle kommt nun die Sozialversicherung und legt die ihm erwachsenen moralischen Verpflichtungen auf breitere Schultern. Dasselbe, was für die Unfallversicherung gilt, trifft auch für die Krankenversicherung zu. Was nun die Arbeitslosenversicherung angeht, so hat sie den einen Fehler, daß sie sich noch nicht wie die oben genannten Versicherungs-zweige organisch entwickelt hat. Die Arbeitslosenversicherung ist von heute auf morgen entstanden, und da bleibt es gar nicht aus, daß

Fehler gemacht worden sind. Hier soll man für die Abstellung der einzelnen Mängel sorgen — man soll aber nicht den Grundgedanken der Arbeitslosenversicherung bekämpfen. Freunde und Gegner der Sozialversicherung sollten sich vielmehr zusammensetzen und sollten prüfen, wie man am besten die Fehler beseitigen kann. Bedauerlich ist nun ja, daß man vielerorts herkommt und Fehler und Mängel, die nun einmal da sind, verallgemeinert. Die heutige Versammlung, davon bin ich überzeugt, wird sicherlich viel mit dazu beitragen, daß die Sozialversicherung in ein richtiges Licht gerückt wird. Ange-sichts der durch geschickte Zeitungsartikel ins Volk getragenen Stim-mung gegen die Sozialversicherung wird auch diese Versammlung auf die große Bedeutung der gesamten Sozialversicherung hinweisen. Aus diesem Grunde begrüße ich auch die heutige Versammlung. Ich behaupte aber auch, daß auch die Arbeitgeber in der Sozialversiche-rung mitarbeiten können. Auf Grund meiner jahrelangen Erfah-rungen komme ich zu dem Urteil, daß jeder Arbeitgeber mitarbeiten kann an dem großen Werk der Sozialversicherung, und jeder Ar-beitgeber kann es nur begrüßen, wenn in Deutschland die bereits bestehende Sozialversicherung noch weiter ausgebaut wird."

Dieses Urteil eines Unternehmers, der selbst mit in der Praxis der Sozialversicherung als Vorsitzender der Ortskrankenkasse Oelde steht, ist sehr bemerkenswert und bedeutungsvoll und eine glänzende Widerlegung der be-kannten hartjähren Theorien, die besonders hier im Westen propagiert werden und deren Extrakt man den Arbeitern gratis und franko als kleine Broschüre ins Haus sendet. Wenn mittlere Unternehmer die Sozialversicherung als not-wendig und ausbaufähig bezeichnen, dann mutet es seltsam an, daß die kapitalkräftigsten und festfügtesten Konzerne und Truste am meisten über die Last der „Soziallasten“ jammern und ihren Abbau fordern. Und die gleichen Ver-bände wundern sich dann, daß die Öffentlichkeit gegen sie eingenommen sei. Mit etwas mehr Gerechtigkeit, auch den Institutionen der Sozialversicherung gegenüber, könnte man ein gutes Fundament zu der von Herrn Poensgen und auch von uns gewünschten „ehrlichen Arbeitsgemeinschaft“ legen.
W.

Gegen die wirtschaftliche Schwarzmalerei



Wir möchten eine Belehrung mit einer hoffentlich nachfolgenden Belehrung der der Schwer-industrie nahestehenden „Deutschen Bergwerks-zeitung“ unsern Kollegen nicht vorenthalten. Wir alle wissen, daß kaum ein Blatt in Deutsch-land so mit den Schilderungen über die wirtschaftliche Lage jonglierte, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“. Wie es ihr in den Kram paßte, wurde die wirtschaftliche Lage gemalt. Stand irgendeine Lohnbewegung in der Eisen- und Metall-industrie oder dem Bergbau bevor, dann brachte sie es fertig, schon eine geraume Zeit vorher — selbst bei günstigster Wirt-schaftslage — schwarz in schwarz zu zeichnen und die Lage der Industrie so bejammernswert darzustellen, daß am liebsten kein Hund noch ein trockenes Stück Brot vom Unternehmer-tum verlangt hätte.

Diese systematische und obendrein unwahre Schwarz-malerei über die wirtschaftliche Lage hat sich für die Unter-nehmer selbst bitter gerächt. Das Ausland wurde infolge der Schwarzmalerei stußig und mißtrauisch und die deutsche Pro-duktion bekam das dicke Ende zu spüren.

Gewissermaßen offiziell wendet sich die Eisen- und Stahl-warenindustrie zur Halbjahrswende an die Öffentlichkeit und nachdem sie kurz die wirtschaftliche Lage skizziert hat, fährt sie in ihrem Bericht (lt. Bergwerkszeitung Nr. 163, 14. Juli 1929) fort:

„Trotz der schwierigen Lage der deutschen Eisen- und Stahlwaren-industrie liegt aber kein Grund vor, die Lage dauernd schwärzer zu malen, als es im Vergleich zu der allgemeinen Wirtschaftskrise tat-sächlich angebracht ist. Es liegen Fälle vor, daß die außerordentlich pessimistische Berichterstattung über die Lage der deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie im Auslande zu unerfreulicher Mißdeutung Anlaß gegeben hat, so daß man dort zuweilen annimmt, die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie sei überhaupt nicht mehr leistungs-fähig und müsse froh sein, wenn sie zu dem möglichst billigen Preis überhaupt noch liefern dürfe. Insbesondere aus Amerika eintreffende Geschäftsbriefe beweisen, daß man im Auslande die pessimistischen Meldungen über die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie zu Preisdrückungen schlimmster Art benutzte, so daß den deutschen Sa-

brilanten erheblicher Schaden erwächst. Wahrscheinlich ist für andere Zweige der deutschen Wirtschaft die gleiche Gefahr vorhanden. Man macht es sich deshalb in deutschen Fabrikantenkreisen zur Aufgabe, vor übertriebenem Pessimismus zu warnen. Man ist in diesen Kreisen außerdem der Meinung, es sei wertvoller, wenn sich aus-ländisches Kapital, falls dies unter dem Zwange der Verhältnisse nicht zu vermeiden ist, aktiv in der deutschen Industrie betätigt und auf diese Weise genau das Risiko tragen muß wie der deutsche Unternehmer, als wenn fremdes Kapital lediglich leihweise in deutsche Betriebe übernommen wird, dessen Verzinsung unter allen Umständen sichergestellt werden muß, ganz gleich, ob der Betrieb verdient oder nicht.“

Die so wirtschaftlich eingestellt sein wollende „Bergwerks-zeitung“ und mit ihr eine ganze Reihe anderer deutscher Blätter, die in nationalen Tönen sich fast überschlagen, müssen



Alte Fabrik im Muppertal

sich indirekt sagen lassen, daß sie durch ihre Schwarzmalerei der nationalen Wirtschaft die größten Schäden zugefügt haben. Um die Öffentlichkeit zu beeinflussen und Lohn-erhöhungen Hemmnisse in den Weg zu legen, hat jahrelang die Unternehmerpresse das Mittel der Schwarzmalerei beliebt, dadurch die deutsche Wirtschaft im Ausland diskreditiert und der deutschen Volkswirtschaft manchen wertvollen Stützpunkt auf dem Weltwirtschaftsmarkt geraubt. Wir gehen uns der angenehmen Hoffnung hin, daß die saftigen aber vollauf verdienten Ohrfeigen, die eine gewisse Presse jetzt vom Unter-

nehmertum selbst erhält, nicht ohne reinigende Wirkungen bleiben mögen.

Dieses Mittel der Schwarzmalerei diene vor allem auch dazu, die Sozialversicherung und das soziale Recht der Arbeiterschaft unterminieren zu helfen. Das ist bis jetzt, dank der energischen Abwehr der Gewerkschaften nicht gelungen und wird auch nicht gelingen, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist und die Reihen des Christlichen Metallarbeiterverbandes durch tatkräftigste Werbearbeit stärkt. Wr.

Aus unserer Verbandstätigkeit

III.

Die Regelung der Arbeitszeit

Die Arbeitszeit am Samstag ist gegenüber den ersten fünf Werktagen der Woche durchweg verkürzt und zeigt folgende Unterschiedlichkeit:

Zahl der Metallarbeiter	In Prozent	Samstags-Arbeitszeit
2 930	0,14	0 Stunden
60	0,003	2 "
65	0,003	3 "
700	0,033	4 "
108 320	5,17	4 1/4 "
47 255	2,25	4 1/2 "
9 940	0,47	4 2/3 "
16 485	0,8	4 3/4 "
189 075	9,0	5 "
4 950	0,23	5 1/12 "
10 000	0,5	5 1/6 "
2 115	0,1	5 1/3 "
249 630	11,9	5 1/2 "
5 640	0,27	5 7/12 "
64 745	3,09	5 3/4 "
435 550	20,8	6 "
900	0,04	6 1/6 "
27 710	1,3	6 1/3 "
3 100	0,15	6 1/2 "
44 510	2,2	6 2/3 "
1 880	0,09	6 3/4 "
925	0,04	6 3/4 "
346 960	16,6	7 "
690	0,03	7 1/12 "
1 170	0,05	7 1/6 "
4 015	0,2	7 1/3 "
394 445	18,8	8 "
75	0,003	8 1/6 "
3 450	0,16	8 1/2 "
170	0,008	8 2/3 "
44 370	2,1	9 "

Zahl der Metallarbeiter	In Prozent	Samstags-Arbeitszeit
1 510	0,07	9 1/2 Stunden
71 660	3,4	10 "

2 095 000 durchschnittl. 6 1/2 Stunden

Der Samstag-Frühschluß hat sich also in weitem Umfang durchgesetzt. Die durchschnittliche Samstag-Arbeitszeit beträgt 6 1/2 Stunden, während die Schichtzeit durchschnittlich 6 4/5 Stunden ausmacht. Bei 33 Prozent aller Metallarbeiter ist die samstägliche Schichtzeit nicht länger als die Arbeitszeit. 0,14 Prozent der erfaßten Metallarbeiter haben regelmäßig nur an den ersten fünf Wochentagen zu arbeiten, so daß für sie der Samstag von Arbeit gänzlich frei bleibt.

In welchem Umfange regelmäßige Sonntagsarbeit geleistet wird, zeigt folgende Uebersicht:

Zahl der Metallarbeiter	In Prozent	Sonntags-Arbeitszeit
1 080	2,2	2 Stunden
260	0,5	3 "
1 420	2,9	3 1/2 "
3 200	6,6	4 "
3 250	6,7	5 "
22 200	45,7	5 1/2 "
2 400	5,0	6 "
14 730	30,4	8 "

48 540 durchschnittl. 6 Stunden

Von den durch unsere Statistik insgesamt erfaßten 2 095 000 Metallarbeitern müssen also 2,3 Prozent regelmäßige Sonntagsarbeit leisten, welche durchschnittlich sechs Stunden beträgt, während die Schichtzeit durchschnittlich 6 1/4 Stunden ausmacht. Die eingesehten Arbeitszeiten von 2 bis 5 Stunden sind so zu verstehen, daß die beteiligten

Prozentfuß der Vergütung für Mehrarbeits- und Ueberstunden	49 Stb. 50 Stb. 51 Stb. 52 Stb. 53 Stb. 54 Stb. 55 Stb. 56 Stb. 57 Stb. 58 Stb. 59 Stb. 60 Stb. 61 Stb.												
	9 %	2 450	2 450	2 450	2 450	2 450	2 450	2 450	2 450	2 450	2 450	1 000	1 000
10 %	800	800	800	800	800	800	800	800	800	800			
12 1/2 %	146 295	135 735	125 305	48 515	35 845	7 845							
15 %	29 890	29 160	29 160	29 160	16 660	16 660	16 260	16 260	16 260	16 260	13 360	13 360	
16 1/2 %	5 500	5 500	5 500	5 500	5 500	5 500	5 500	5 500	5 500	5 500	6 500	6 500	6 500
16 2/3 %	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60
18 %													
20 %	478 455	451 670	420 140	337 050	285 400	309 900	68 735	68 735	68 535	68 535	68 535	68 535	22 630
25 %	873 280	568 040	573 345	739 405	854 015	854 925	1039 280	872 610	837 405	791 750	794 130	723 130	749 920
27 %													800
30 %		172 500	205 795	193 060	193 040	48 480	110 885	110 885	95 880	102 880	96 680	96 680	7 320
33 1/2 %			200	155	155	155	13 400	2 400	4 150	1 705			
35 %					7 500	7 500		3 500	3 500	3 500	8 500	8 500	
40 %			800	800	905	800							56 740
50 %			71 270	78 180	129 900	138 240	139 280	266 280	267 635	270 550	271 445	344 745	611 720
75 %													700
80 %													
100 %							3 500	3 500	3 500	3 500	3 500	3 500	3 500
								300	300	300	300	300	580
durchschnittlicher Prozentfuß der Vergütung 1928	20%	20,1%	21,7%	22,7%	24,3%	24,5%	26,1%	28,1%	28,2%	28,4%	28,5%	29,4%	33,6%
Vergleich mit 1927	13,8%	15,8%	16,1%	18,3%	20,8%	21,2%	23,6%	24,9%	25,7%	27,9%	28,1%	28,8%	33,6%

Arbeiter an jedem zweiten Sonntag das Doppelte oder jeden dritten Sonntag das Dreifache der angegebenen Arbeitszeit zu leisten haben, so daß hier die durchschnittlich je Sonntag zu leistende Arbeitszeit dargestellt wird. Für 50 Prozent der erfassten Metallarbeiter ist die Arbeitszeit am Sonntag gleich lang mit der Schichtzeit, während die andere Hälfte regelmäßige Pausen von 1/2 bis 1 Stunde hat. Die Zahl der im Dreischichtensystem beschäftigten Arbeiter, die im Wochendurchschnitt 56 Stunden, also auch — durchschnittlich gerechnet — jeden Sonntag 8 Stunden arbeiten müssen, ist gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben.

Die untenstehende Uebersicht zeigt, mit welchem prozentualen Aufschlag die Mehrarbeit- und Ueberstunden vergütet werden.

Diese Uebersicht zeigt, daß der im Arbeitszeitnotgesetz als „angemessen“ bezeichnete Zuschlag von 25 Prozent

für die über 48 Stunden wöchentlich hinausgehende Mehrarbeit durchschnittlich erst von der 54. Stunde ab erreicht wird, während die 49. Stunde eine durchschnittliche Vergütung von 20 Prozent erfährt. Jedoch ist bei einem Vergleich mit den durchschnittlichen Prozentziffern des Vorjahres ein erheblicher Fortschritt unverkennbar, wenn Ende 1927 die 49. Stunde durchschnittlich nur mit 13,8 Prozent Zuschlag vergütet wurde. Die Zahl derjenigen Arbeiter, die überhaupt keinen Zuschlag für Mehrarbeit erhalten, ist klein; sie beträgt etwa 0,1 Prozent.

Insgesamt hat die tarifliche Regelung der Arbeitszeit im Jahre 1928 eine nicht unerhebliche Verbesserung erfahren, die um so höher zu veranschlagen ist, als sie häufig gegen stärksten Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden mußte.
K. Dudgey.

Die menschliche Arbeitskraft, das kostbarste Gut im Betrieb

(Schluß.)

Bandarbeit ist nicht gleich Bandarbeit. Das Arbeiten am Band beim Zusammenbau von elektrischen Schaltern ist nicht zu vergleichen mit der Arbeit am Band in der Gießerei. Dementsprechend verschieden muß auch die Entlohnung ausfallen.

Zum geregelten Ablauf jedes Fabrikationsprozesses, mag er nun auf alte oder auf neue Art vor sich gehen, und zur Schonung der menschlichen Arbeitskraft gehören noch viele wichtige Kleinigkeiten, die man so leicht übersieht. Durch unzureichende oder unzureichende Beleuchtung des Arbeitsplatzes ermüdet das übermäßig angestrengte Auge sehr schnell, und die Ermüdung teilt sich dem ganzen Körper mit.

Eine Frage wäre an dieser Stelle einzuflechten. Warum scheut man sich in der Werkstatt zu sehr, Brillen zu tragen und dadurch ungenügende Sehschärfe zu korrigieren? Es ist erstaunlich, wieviel Menschen kurz- oder weitsichtig sind, ohne es zu wissen. Die Prüfung der Augen bei Lehrlingen zeitigt oft überraschende Ergebnisse. Mancher scheinbar Ungeheuer und Unbeholfene wird plötzlich sehr brauchbar, nachdem er beim Augenarzt war und dieser ihm das Tragen einer Brille verordnete.

Lästige, zu beseitigende Maschinengeräusche oder Lärm in den Werkstätten sollten abgestellt werden. Durch weitgehendste Anwendung von Einzelantrieben können unnötige Geräusche mehr und mehr aus der Werkstatt verbannt werden. Das unangenehme Kreischen der Transmissionen über den Köpfen, das Fliegen der Riemen u. a. m. setzen unseren sowieso schon geplagten Nerven gewaltig zu. Welche Ruhe atmet der Maschinenraum, in dem sich nur Werkzeugmaschinen mit Einzelantrieben befinden!

Die moderne Entstaubungs- und Entlüftungstechnik erlaubt uns, auch unsere angestregten Lungen von unnötiger Arbeit zu entlasten und einer vorzeitigen Schädigung zu steuern. Schlechte Luft, d. h. Sauerstoffmangel, führt schnelle Ermüdung herbei. Die gegenbringenden Einrichtungen dürften nur mehr Beachtung finden, und es wäre erwünscht, daß die zuständigen Aufsichtsbehörden manchmal schärfer durchgriffen.

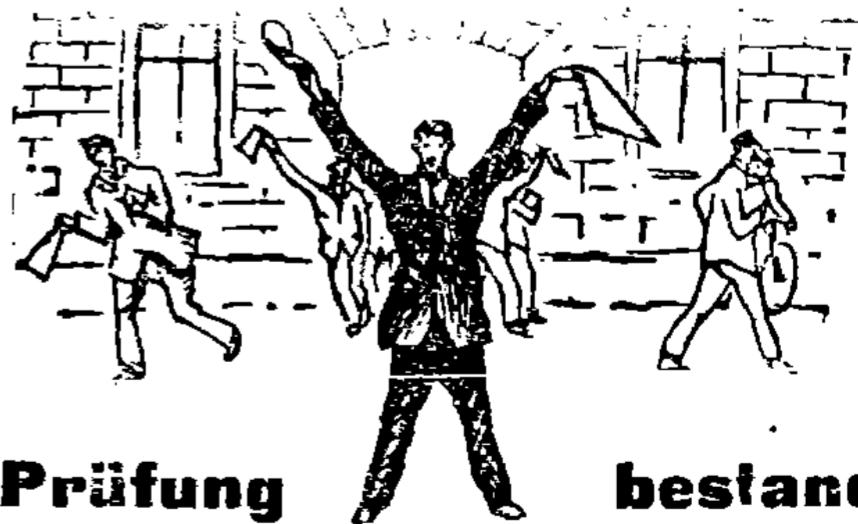
Arbeit, die im Sitzen ausgeführt werden kann, sollte auch stets im Sitzen ausgeführt werden. Besonders bei weiblichen Arbeitern mit ihrem zarten Unterleibsorganismus sollte man unbedingt auf Ausführung der Arbeit im Sitzen, soweit es sich mit der Arbeit verträgt, Wert legen. Es geht nicht an, daß eine Arbeiterin acht Stunden lang vor der Bohrmaschine stehend ihre Arbeit verrichtet, ohne die Möglichkeit zu haben, sich zwischendurch einmal niederzusehen und die Arbeit sitzend auszuführen. Es soll nicht nur eine Sitzgelegenheit vorhanden, sondern diese auch bequem und der Körpergröße angepaßt sein. Das bedingt durchaus nicht, daß nun gleich Klubsesselformat Anwendung findet. Eine alte, wackelige Kiste ist aber nicht als aus-

reichende Sitzgelegenheit anzusprechen. Im Handel sind heute sehr zweckmäßige, in der Höhe verstellbare, stabile Schemel mit richtig angeordneter Rückenstütze zu haben.

Alles bisher Gesagte ist abgestimmt auf sparsamsten Gebrauch der menschlichen Arbeitskraft. In diesem Zusammenhang eine Gewissensfrage: Ist es wirklich ein so großer Vorteil, den man sich verschafft, wenn man durch übermäßig starke körperliche Anstrengungen, dort, wo sie durchaus nicht am Plage sind, den Zeitnehmer über die wahrhaft aufgewandte Zeit hinwegzutauschen sucht? Warum stelle ich den Kasten mit den Werkstücken, die an der Bohrmaschine zu bearbeiten sind und bei denen für die eigentliche Arbeit ein sehr geringer Zeitaufwand erforderlich ist, so tief, daß ich mich mehrere hundertmal am Tage bücken muß, um zu den unbearbeiteten Werkstücken zu gelangen, und wiederum einige hundertmal, um das gebohrte Stück abzulegen? Es bedeutet eine Selbstkastelung, aber keinen Gewinn.

Zum Schluß sei nochmals darauf hingewiesen: es macht sich für beide Interessenten bezahlt, wenn dem Arbeiterrhythmus in der Fabrik größere Beachtung geschenkt wird. Das Mitschwingen mit der Arbeit, d. h. das Ausschalten „gegenläufiger“ Bewegungen, wirkt nicht nur körperlich, sondern auch seelisch erfrischend auf den Menschen ein und steigert die Freude an der Arbeit. Versuche es nur jeder einmal und übe schärfste Selbstkritik. Ich schone meine Arbeitskraft, wenn ich mich daran gewöhne, haushälterisch damit umzugehen, und erziele dabei doch einen höheren Verdienst.

Sie gilt es noch manch wertvolle Aufgabe zu lösen. Sichern wir uns die Mitwirkung am Erfolg und damit zu guter Letzt die Möglichkeit, unsern Arbeitsverdienst zu steigern, ohne uns körperlich und seelisch frühzeitig zugrunde zu richten.
W. Vogt.



Die Prüfung bestanden!

Auch Sie können die Prüfung, ohne Ihren Beruf zu unterbrechen, durch die Selbstunterrichtsbriefe des Systems Karnack bestehen. Wir bereiten Sie vor in allen Berufen der Elektrotechnik und des Maschinenbaues, sowie der Installation.

Unterstützung des Selbstunterrichts durch Teilnahme am Fernunterricht. Abschlußprüfung können Sie vor einer Kommission ablegen, worüber ausführliche Prüfungsbestätigung erteilt wird. Ferner Nachholung versäumter Schulprüfungen (Obersekundareife, Abiturientenexamen) durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin. Ebenso kaufmännische, fremdsprachliche und musikwissenschaftliche Ausbildung. Bequeme Monatsabzahlungen. Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht.

Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam - Ta. 156.

Unser Jugendtreffen in Südbayern

In Fürstenseldbrunn, mit seiner ehrwürdigen, herrlichen Klosterkirche, traf sich die Jugend der südbayerischen Verwaltungsstellen. Ein besonderer Anlaß war insofern gegeben, als der Jugendgruppe München vom Hauptverband in Anerkennung der hervorragenden Werbearbeit im Jahre 1928 ein prächtiger Wimpel feierlich überreicht werden sollte.

Trotz des am Sonntagmorgen hereinbrechenden Unwetters waren über 300 Jugendliche, z. T. mit ihren Angehörigen, erschienen. Am Ort erwarteten die Münchener Kollegen die Teilnehmer aus Schwaben, die von Maisach kamen und mit heller Begeisterung empfangen wurden. Der stattliche Zug, an der Spitze die Jugendkapelle St. Joseph München in



Die alte Klosterkirche in Fürstenseldbrunn

schmucker Uniform, zog dann über den Marktplatz des behäbigen Ortes zum gemeinschaftlichen Gottesdienst in die Klosterkirche, den H. H. Diözesanpräses Geistl. Rat Lohr-München hielt. War bislang der Himmel noch recht griesgrämig, auf einmal drangen die Sonnenstrahlen durch die Fenster des prächtigen Gotteshauses um uns zu künden, daß uns ein herrlicher Tag bevorstehe. Abermals zogen wir in strammer Ordnung, wie sie für junge christliche Metallarbeiter selbstverständlich ist, über den Markt zum herrlich mit Maien geschmückten Tagungslokal „Jungbräu“.

Kollege Lauer-München eröffnete und leitete die Kundgebung, begrüßte all die Jungmannen, die so zahlreich er-

schienen waren und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß so viele ältere Kollegen es sich nicht nehmen ließen, den Freudentag der Jugend mitzubegehen und somit dem Ganzen den Stempel eines wirklichen Familienfestes ausdrückten. Sein Gruß galt im besonderen dem H. H. Geistl. Rat Hagl, der als Pfarrherr des Tagungsortes die Jugend willkommen hieß und seiner Freude Ausdruck verlieh, daß wir heute schon der Arbeiterschaft des Ortes durch den gemeinsamen Gottesdienst ein so schönes Beispiel gegeben haben.

Kollege Bosbach-München sprach in der Festversammlung über das Thema: „Die werktätige Jugend in Wirtschaft und Staat.“

Der Redner sprach der Jugend aus dem Herzen und begeisterter Beifall folgte seinen Worten. Nach einer kurzen Pause, die ausgefüllt wurde durch Darbietungen der Kapelle und gemeinschaftlichen Gesang, überreichte Kollege Spegele-Augsburg im Auftrage der Hauptverwaltung der Jugendgruppe München in feierlicher Weise den gestifteten herrlichen Wimpel mit der Bitte, stets eingedenk zu sein der hohen Pflicht und Verantwortung, die gerade Münchens Jugend als Vorort des Verbandes in Südbayern habe, auf daß sie sich auch fernerhin in Treue zum Christlichen Metallarbeiterverband um dieses Feldzeichen scharen möge.

Der Jugendtreueschwur brauste durch den Saal. Kollege Monat, als erster Jugendführer, brachte den Dank der Jugend an die Hauptverwaltung aus für die so schöne Anerkennung, und rief seine Jungmannen zu neuer Arbeit für den Verband auf. Die Leiter der Jugendkartelle, Kollege Krehle-München und Kollege Ehtler-Augsburg, beglückwünschten die Jugendgruppe München zu ihrer verdienten Auszeichnung und gaben ihrer Freude über die so herrlich verlaufene Kundgebung Ausdruck.

Der Nachmittag wurde auf dem Ideal im Tannenwald gelegenen Spielplatz am Maisacher Keller, der wie für ein Fest der Jugend geschaffen zu sein scheint, bei frohem Spiel und munterer Geselligkeit verbracht. Sei, war das ein lustiges Treiben! Ein in aller Freundschaft durchgeführtes Faustballwettbewerb Augsburg gegen München sah die Münchener als Sieger. All zu rasch gingen die schönen Stunden dahin, und als wir im geschlossenen Zuge zum Bahnhof Maisach marschierten, sagte mit innerer Befriedigung einer zum anderen: „Das war heute wirklich ein prächtiger Tag.“ Der soll sich hoffentlich voll und ganz in der Werbearbeit auswirken.

Besonderer Dank gebührt der Jugendkapelle St. Joseph, München, die 35 Mann stark, die notwendige Stimmung schuf und geradezu Achtung und Aufsehen erregte. Dank auch dem Sängerkreis des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften Münchens, der durch seine gediegenen Darbietungen zur Verschönerung des Gottesdienstes und der Jugendkundgebung beitrug.

H. Lauer.

Branchenbewegung

Kunst- und Bauhölzerbranche

Im Kunst- und Bauhölzergewerbe Essen haben wir eine Lohnbewegung. Lange haben die Kollegen gezauert. Noch länger haben die selben geglaubt, daß auch ohne intensive gewerkschaftliche Betätigung eine Erhöhung der Löhne und eine Anerkennung als mitbestimmender Faktor im Gewerbe zu erzielen sei. Leider zu ihrem Schaden. Seit ungefähr dreiviertel Jahr haben einige Kollegen des Gewerbes unter Führung der Ortsverwaltung die Branche wieder ins Leben gerufen und monatliche Versammlungen abgehalten. Langsam bekam die Branche wieder Boden unter den Füßen. In Verfolg unserer Bestrebungen und in der Erkenntnis, daß in der Lohnhöhe gegenüber anderen Berufen vieles gutgemacht werden müsse, ist der bestehende Lohnsatz, der in der Spitze für den 24jährigen Gehilfen 1. A. verfehlt, gekündigt worden.

Sämtliche handwerksmäßigen Berufe haben heute einen wesentlich höheren Lohn. Warum? Die Schlossergehilfen Essens haben es begriffen.

Die Verhandlungen mit der Innung und vor dem Schlichter haben denn auch bewiesen, daß man bei den Meistern geneigt war, die Gehilfen nicht zu beachten. Keinerlei Zugeständnisse sind in diesen Verhandlungen gemacht worden. Angeblich, weil das Gewerbe nicht mehr lebensfähig sei durch Konkurrenz der Großbetriebe, durch Konkurrenz von Schwarzarbeitern und durch zu hohe Abgaben. In Wirklichkeit aber — und das ließ einer der Verhandler auch durchblicken —, weil man die Organisationsfreudigkeit der Schlossergehilfen kannte.

Eine am Mittwoch, dem 10. Juli, stattgefundenen Mitgliederversammlung hat nach dem Bericht des Kollegen Mateski zu diesen Fragen Stellung genommen. Einmütig hat die Versammlung anerkannt, daß der durch nichts begründete Widerstand der Innungsmeister gegen jede

Lohnerhöhung zum Teil Schuld der Kollegen sei. Anerkannt wurde, daß von der Ortsverwaltung unermüßlich an der Vertiefung und Vergrößerung der Branche gearbeitet wird. Mancher Kollege ist schon gewonnen. Mancher muß noch gewonnen werden, damit die Gehilfenschaft stark und gewappnet den Innungsmessern gegenüber stehen kann. Als Mittel hierfür wurde vom 1. Vorsitzenden, dem Kollegen Schenkwald, vorgeschlagen, die Adressen der nichtorganisierten Kollegen zu sammeln und diese eventuell durch eine von der Kunst- und Bauhölzlerbranche veranstaltete Hausagitation zu gewinnen.

Nachdem der Kollege Padberg in längeren Ausführungen den Kollegen die Schloßerbewegung der vergangenen Jahre vor Augen geführt und der Kollege Matelski im Schlußwort auf die kommende Schlichterverhandlung hingewiesen hatte, schloß der 1. Vorsitzende die Versammlung mit dem Ersuchen an die Kollegen, auch die jetzige Lohnbewegung zu benutzen, um alle auf unserem Boden stehenden Kollegen für unseren Christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen. M.

Achtung! Büromaschinenmechaniker, 1. Bezirk

Die Fachgruppe der Büromaschinenmechaniker unseres Verbandes, 1. Bezirk, veranstaltet am Sonntag, dem 28. Juli, in Duisburg, im Lokale der „Bürgergesellschaft Union“, Josephplatz 3, beginnend vormittags um 10 Uhr, eine Bezirkskonferenz, um zu wichtigen Berufsfragen Stellung zu nehmen. Nachmittags gemeinschaftlicher Ausflug mit Damen nach Kaiserswerth. Falls Mechanikerkollegen aus der Umgebung bereit sind, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, laden wir sie hiermit freundlichst ein und bitten sie, auch andere interessierte Kollegen mitzubringen. Jeder organisierte Kollege im Christlichen Metallarbeiterverband wolle in Büromaschinenmechanikerkreisen auf unsere Organisation aufmerksam machen. Jede Ortsverwaltung versuche dringend (so weit noch nicht geschehen), weitere Ortsgruppen entstehen zu lassen und uns ihre Anschrift bekanntzugeben. Hermann Ullrich.

Elektrikerbranche

In der letzten Branchenversammlung der Elektriker Hamborns unseres Verbandes führten die Kollegen lebhaft Klage, daß viele Firmen den Lohnsatz nicht einhalten. Es sind gerade diejenigen Unternehmer, bei denen die Elektriker noch unorganisiert sind. Wenn auch einigen Firmen durch den Christlichen Metallarbeiterverband mit Hilfe des Arbeitsgerichts klar gemacht werden mußte, daß sie an organisierte Kollegen Tariflöhne zu zahlen haben, so gibt es doch noch sehr viele Elektriker, die lieber den Verbandsbeitrag „sparen“ als den Tariflohn ernsthaft verlangen und so dem Unternehmer wöchentlich bis zu 12 M und mehr schenken. Was sie durch untarifliche Entlohnung verlieren, versuchen sie dann durch Ueberstunden „herauszuholen“. 60 bis 70 Stunden in der Woche sind keine Seltenheit.

Vielfach wird in Akkord gearbeitet zu Preisen, die jeder Beschreibung spotten; sind doch schon Bauten installiert worden, wo es für die Brennstelle ganze 60 Pfg. gab. Die Kollegen, die solche Akkorde vereinbarten, wundern sich dann, wenn sie im Akkord weniger verdienen als ihre Kollegen im Tariflohn. Dem im Christlichen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen ist es klar, daß solche Mißstände nur durch die Organisation beseitigt werden können. Es meldeten sich drei Kollegen, die sich bereit erklärten, durch Hausagitation die noch fernstehenden Elektromonteurs für unseren Christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen,

um in die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der Hamborner Elektriker Ordnung zu bringen, wie es auch bei den Klempnern geschehen ist. Kurt Wagner.

Zur Bewegung der Solinger Scherenschleifer

Eine der gesamten organisierten Arbeiterschaft unverständliche Stellung nehmen die Scherenfabrikanten ein gegenüber einer Forderung der Schleifer, die wohl an Berechtigung ihresgleichen sucht. Hierzu folgende Tatsachen:

Nach der Stabilisierung konnte man nach Ansicht der Fabrikanten für eine Gruppe Scheren (Viertel-Qualität), die ungefähr 75 Prozent der gesamten Scherenfabrikation ausmachten, die vollen Preise nicht mehr zahlen und setzte sie von den Arbeitgebern um zehn Prozent herunter. Es war geradezu unmöglich, diesen Zustand, der allgemein bekannt sein dürfte, zu halten. Trotzdem zog man diesbezügliche Verhandlungen in die Länge, und der Abschluß fiel in die Zeit allgemeiner Lohnverhandlungen bzw. Teuerung. Die Viertel-Scheren wurden wieder herausgesetzt unter der Bedingung, daß die Gesamtbranche in dieser Epoche auf eine Erhöhung verzichte.

Unter dem Druck der Verhältnisse, um den Kerntzen zu helfen, wurde dieses harte Abkommen angenommen und erst nach Ablauf desselben Jahres der Antrag gestellt, nunmehr auch für die Scherenschleifer die anerkannt notwendigen Teuerungszuschläge zu bewilligen. Es wurde in der Verhandlung hin und her geredet. Die Vertreter der Branche waren der Auffassung, die Arbeitgeber von der Selbstverständlichkeit der Forderung überzeugt zu haben. Die Versammlung der Arbeitgeber lehnte jedoch die gerechte Forderung der Scherenschleifer glatt ab. Die Schleifer mußten die Teuerung und deren Folgen auf ihre Kappe nehmen.

Inzwischen wurden die Qualitäten weiter heruntergesetzt, so daß heute zirka 90 Prozent aller Scheren in Viertel-Qualität hergestellt werden. Dieses bedeutet mit der Anforderung an die Qualität im ganzen einen gewaltigen Lohnabbau. Seit der Zeit ist ein Viertel Jahr vergangen, und die Schleifer stehen in ihrer überwiegenden Zahl vor der Tatsache, daß sie ihr zum Arbeiten notwendiges Material nur noch auf Kosten ihrer Lebenshaltung bezahlen können. Dieses war der Grund eines erneuten Antrages, der wiederum zu Verhandlungen führte. Der Antrag wurde schriftlich abgewiesen, aber doch eine Verhandlung zugesagt, in der die Unmöglichkeit einer Erhöhung der Preise dargelegt werden sollte. Der Verhandlungskommission gelang es aber, die Arbeitgeber nochmals zu einer Stellungnahme zu veranlassen, da der stichhaltige Grund, daß die herrschende Teuerung auch für die Scherenschleifer bestehe, wohl nicht bestritten werden konnte. Inzwischen haben auch die Arbeitgeber sich davon überzeugen müssen, daß die Löhne der qualifiziertesten Scherenschleifer mit reinen Gemüßen wohl nicht genannt werden können, ohne dabei schamrot zu werden. Man sah daher dem Verständnis der Scherenfabrikanten in diesem Punkt — wohl nicht mit Unrecht — als eine Selbstverständlichkeit entgegen.

Wider Erwarten lehnten aber auch diesmal die Arbeitgeber eine Forderung, die in Wirklichkeit kaum als solche zu betrachten ist, glattweg ab. So macht man vor der gesamten Heimarbeiterschaft einer einzelnen Gruppe begreiflich, daß die Bezahlung einer anerkannten Teuerung nicht tragbar für die Industrie sei.

Diese kurze Darstellung dürfte für die Scherenschleifer das Zeichnen sein, sich um ihre Leitung zu scharen und deren Maßnahmen restlos zu

Frau Regal Amrain und ihr Jüngster

Von Gottfried Keller.

IV.

Da bemerkte sie, daß er ansing zu erröten, wenn schöne Mädchen ihm in den Weg kamen, daß er selbst häßliche Mädchen aufmerksam und kritisch betrachtete und daß er verlegen wurde, wenn eine hübsche runde und muntere Frau in der Stube war, während er dieselbe doch heimlicherweise mit den Augen verfolgte. Aus diesen drei Zeichen entnahm sie zwei Dinge: erstens, daß noch nichts an ihm verdorben sei, zweitens aber, daß, wenn eine Gefahr für ihn vorhanden wäre, auf den breiten Weg der Stadt zu tölpeln, diese Gefahr nur von Seiten der Damen von Seldwyla herkommen könne, und sie sagte sogleich in ihrem Herzen: Also da willst du hinaus, du Schuft!

Die Schönen dieser Stadt waren nicht schlimmer gesinnt als ihre Männer, und sie hielten, wenn sie erst zu Jahren kamen, noch manches zusammen, was diese lieber auch noch zerstreut hätten. Allein da die Männer sich gern lustig machten, so wollten sie, so lange es ihnen gut erging, auch nicht zurückbleiben, und bei dem schönen Geschlechte laufen bekanntlich alle Abirrungen und Unzukömmlichkeiten zuleht nur auf ein und dasselbe Ende hinaus, jene alte Geschichte, welche vielfältige Rückwirkungen auf das Wohl oder Weh der Herren Mitschuldigen mit sich führt. Sonach ging es auch in dieser Hinsicht zu Seldwyla etwas lustiger zu als an anderen Orten.

Wie nun Frau Amrain ihre schwarzen Augen offen hielt und mit zorniger Bangigkeit aufmerkte, wann und wie man etwa ihr Kind verderben wolle, ergab sich bald eine Gelegenheit für ihr mütterliches Einsichreten. Es wurde eine große Hochzeit gefeiert auf dem Rathause, und das neuvermählte Paar gehörte den ge-

räuschvollsten und lustigsten Kreisen an, die gerade im Flor waren. Wie an anderen Orten der Schweiz, gibt es an den Hochzeiten zu Seldwyl, wenn Bankett und Ball am Abend stattfinden, zweierlei Gäste: die eigentlichen geladenen Hochzeitsgäste und dann die Freunde oder Verwandten dieser, welche ihnen scherzhafte Hochzeit, oder Tafelgeschenke überbringen mit allerlei Wigen, Gedichten und Anspielungen. Sie verkleiden sich zu diesem Ende hin in allerhand lustige Trachten, welche dem zu überbringenden Geschenke entsprechen, und sind maskiert, indem jeder seinen Freund oder seine Verwandte aussucht, sich hinter deren Stuhl begibt, seine Gabe überreicht und seine Rede hält. Fräulein Amrain hatte sich schon vorgenommen, einem kleinen Bäschen einige Geschenke zu bringen, und die Mutter nichts dagegen gehabt, da das Mädchen noch sehr jung und sonst wohlgeartet war.



Allein weniger das Bäschen lockte ihn, als ein dunkles Verlangen, sich unter den lustigen Damen von Seldwyl einmal recht herumzutummeln, deren Fröhlichkeit, wenn viele beisammen waren, ihm schon oft sehr anmutig geschildert worden. Er war nur noch ungeschlüssig, welche Verkleidung er wählen sollte, um auf der Hochzeit zu erscheinen, und erst am Abend

folgen. Die Arbeitgeber selbst züchten die Zwischenfabrikanten und mit ihnen die Schundware groß, welche mit Riesenschritten der Solinger Industrie zum Untergang verhilft. Sie selbst behaupten, lieber die billigen Scheren fertig zu kaufen und wollen gleichzeitig mit den Arbeit-

nehmern die Schundware bekämpfen wegen ihrer starken Konkurrenz. Dieses letztere wird Gegenstand weiterer Erklärungen an dieser Stelle sein müssen, da die Öffentlichkeit an diesen Dingen ein Interesse hat. ... nn.

Aus den Betrieben

Stahlwerk Dingler, Rarher & Cie.

Dieses Werk gehört schon seit Jahren nicht mehr zum Arbeitgeberverband im Saargebiet und betreibt eine eigene Lohnpolitik unter möglichster Ausschaltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Mit welcher Hilfe, soll angesichts der neuen Entwicklung um des lieben Friedens willen mit dem Mantel des Vergessens bedeckt sein.

Obwohl der noch im Jahre 1922 abgeschlossene Manteltarif auch noch für die Firma Gültigkeit hat, lehnt dieselbe den Abschluß eines Lohn-tarifs mit den Metallarbeiterverbänden ab.

Angeblieh weil die Firma mit dem Ausschuß „so nett zusammen-arbeitet“. So erklärte nämlich der Vertreter des Werkes am Schlichtungsausschuß, der vom Arbeiterausschuß angerufen, am 26. Juni sagte.

Am Schlichtungsausschuß stellte sich der Christliche Metallarbeiter-verband auf den Standpunkt, daß der Abschluß eines Lohn-tarifs mit den Gewerkschaften das Primäre sein müsse. Die Belehrung, die unjer Beisitzer dem Vertreter der Firma auf seine oben schon skizzierte Weige-rung zuteil werden ließ, verfehlte ihre Wirkung nicht.

Der Schlichtungsausschuß selbst schloß sich der Auffassung des Christ-lichen Metallarbeiterverbandes an und fällt folgenden Spruch:

„1. Der Schlichtungsausschuß stellt fest, daß der am 31. März 1929 abgeschlossene Manteltarifvertrag für die Firma Dingler, Rarher & Cie. heute noch Gültigkeit hat.

2. Mit Wirkung vom 1. Juli d. J. sind die Tariflöhne derart zu er-höhen, daß die Ecklöhne für den gelernten Arbeiter 4,15 Frs., für den angelernten 3,70 Frs. und für den Hilfsarbeiter 3,40 Frs. je Stunde betragen.

3. Die Effektivverdienste der Arbeiter sind um 4,5 Prozent zu er-höhen.

4. Auf Grund dieser Lohnfestsetzung ist mit den Gewerkschaften ein Lohnvertrag abzuschließen.“

Damit ist die notwendige Klärung geschaffen. Hält die Belegschaft zu den Gewerkschaften, zum Christlichen Metallarbeiterverband, so dürfte sich die lohnpolitische Lage weiter verbessern. c---k

Eigenartige Rechtsauffassung in Oberschlesien

Ein Urteil, das bei der Arbeiterschaft die größte Beunruhigung her-vorzufen muß, ist in Beuthen (Oberschlesien) gefällt worden. Folgender Tatbestand liegt zugrunde:

entschloß er sich auf den Rat einiger Bekannten, sich als Frauen-zimmer zu kleiden. Seine Mutter war eben ausgegangen, als er mit diesem lustigen Vorjah nach Hause gelaufen kam und den-selben sogleich ins Werk setzte.

Ohne Schlimmes zu ahnen, geriet er über den Kleiderstrank seiner Mutter und warf da so lange alles durcheinander, von einem lachenden Dienstmädchen unterstützt, bis er die besten und buntesten Toilettenstücke zusammengejucht und sich angeeignet hatte. Er zog das schönste und beste Kleid der Mutter an, das sie selbst nur bei feierlichen Gelegenheiten trug, und wählte dazu aus den reichlichen Schachteln Krausen und Bänder und sonstigen Pug hervor. Zum Ueberflus hing er sich noch die Seilschleife der Mutter um und zog so, aus dem Größten gepudt, zu seinen Ge-noffen, die sich inzwischen ebenfalls angekleidet. Dort vollendeten zwei muntere Schwestern seinen Anzug, indem sie vornehmlich seinen blonden Kopf aufs zierlichste insiereten und seine Brust mit einem sachgemäßen Frauenbusen ausschmückten. Indem er so auf seinem Stuhle saß und diese Bemühungen der wenig schüchternen Mädchen um sich geschehen ließ, errötete er einmal um das andere, und das Herr Klopste ihm vor erwartungsvollem Vergnügen, während zugleich das böse Gewissen sich regte und ihm ansing zu-zusüstern, die Sache möchte doch nicht so recht in der Ordnung sein. Als er daher mit seiner Gesellschaft dem Rathause zuzog, ein Körbchen mit den Geschenken tragend, sah er so verschämt und verwirrt aus, wie ein wirkliches Mädchen, und schlug die Augen nieder, und als er so auf der Hochzeit erschien, erregte er den allgemeinen Beifall besonders der versammelten Frauen.

Während der Zeit war aber seine Mutter nach Hause zurück-gekehrt und sah ihren offenstehenden Kleiderstrank, sowie die Verwüstung, die er in den Schachteln und Kästen angerichtet. Als sie vollends vernahm, zu welchem Ende hin dies geschehen und daß ihre Hoffnung in Weiberkleidern und dazu noch in ihren

Der Kläger, Aufseher J. bei der Gewerkschaft Castellengo-Abwehr-grube, erhielt seinen Lohn nicht nach der Pos. 51 des Tarifvertrages für ober-schlesische Steinkohlengruben. Er wurde nach Pos. 60, später nach Pos. 59 des Tarifes gelöhnt. Gegen die Bezahlung erhob J. Be-schwerde bei seinem zuständigen Vorgesetzten, wobei er darauf aufmerk-sam machte, daß seine Leistung doch genau dieselbe sei wie die der ande-ren Aufseher, die nach Pos. 51 ihren Lohn erhalten.

Im Monat März 1927 gab der Oberverlademeister, der direkte Vor-gesehte des Aufsehers, die Zusage einer Regelung der Wünsche, indem er erklärte: „Gut, Sie führen von nun an beide Systeme als Aufseher, dafür erhalten Sie den vollen Aufseherlohn.“ Für die Richtigkeit dieser Ausagen konnten auch mehrere Zeugen namhaft gemacht werden. Troh-dem nun Kollege J. diese Arbeit übernahm, wurde ihm der volle Auf-seherlohn nicht gezahlt. Auf alle seine weiteren Einwendungen wurde er zum Teil vertröstet, erhielt aber auch bestimmte Zusagen, daß er diesen Lohn unbedingt bekommen müßte. Erst von dem Zeitpunkt, wo J. un-zweifelhaft erkannte, daß er mit seinen Ansprüchen immer und immer wieder vertröstet wurde, reichte er Klage beim Arbeitsgericht Beuthen ein. Beim stattgefundenen Termin wurde der Klageanspruch kosten-pflichtig abgewiesen mit d. Begründung, „daß bei derartigen Span-nungslöhnen es dem Arbeitgeber überlassen bleiben müßte, wie er den Arbeitnehmer innerhalb der zuständigen Spanne entlohnen will“. Die beim Landesarbeitsgericht Gleiwitz eingelegte Berufung hatte gleichfalls keinen Erfolg. Das Landesarbeitsgericht stellte sich merkwürdigerweise auf den gleichen Standpunkt wie das Arbeitsgericht, trotzdem der Ver-treter des Klägers, Gewerkschaftssekretär Gorzawski, den Antrag auf Vernehmung der in der Berufungsschrift benannten Zeugen stellte, weiter-hin sich auch auf die §§ 242, 320, 325 des BGB. berief, da doch durch das einmal gegebene Versprechen ein bestimmter mündlicher Vertrag zu-stande gekommen ist. Daß Oberverlademeister U. der direkte Vorgesetzte war und zum Abschluß derartiger Vereinbarungen berechtigt war, be-wies eine Aussage des Herrn Bergverwalter D. Trohdem dies eigen-artige Urteil.

Eine sonderbare Beleuchtung erhält diese Geschichte noch durch fol-genden Vorfall: Im Jahre 1917 trat die Gewerkschaft Castellengo mit dem Aufseher J. in Verhandlungen wegen des Verkaufes seines Wohn-hauses und der dazu gehörigen Baugrundstücke. Der damals mit der Verhandlung betraute Beamte der Grube, Regierungsbaumeister v. Peoll-nitz, machte dem Kollegen J. den Verkauf damit schmacher, indem er sagte und versprach, daß er im Falle des Verkaufes seines Hauses an die Grube mit einem gut bezahlten Posten bestimmt rechnen könne. Demnach ließ sich auch J. überreden und verkaufte der Gesellschaft das gesamte



besten, ausgezogen sei, überziel sie erst ein großer Zorn, dann aber eine noch größere Unruhe; denn nichts schien ihr geeigneter, einen jungen Menschen in das Lotterleben zu bringen, als wenn er in Wei-berkleidern auf eine Geldwpler Hochzeit ging. Sie ließ daher ihr Abendessen unge-nossen stehen und ging eine Stunde lang in der größten Unruhe umher, nicht wissend, wie sie ihren Sohn den drohenden Gefah-

ren entreißen sollte. Es widerstrebte ihr, ihn kurzweg abrufen zu lassen und dadurch zu beschämen; auch fürchtete sie nicht mit Unrecht, daß er würde zurückgehalten werden oder aus eigenem Willen nicht kommen dürfte. Und dennoch fühlte sie wohl, wie er durch diese einzige Nacht auf eine entscheidende Weise auf die schlichte Seite verschlagen werden könne

Sie entschloß sich daher kurz, da es ihr nicht Ruhe ließ, ihren Sohn selbst wegzuholen, und da sie mannigfacher Bezei-hungen wegen einen halben Vorwand hatte, selbst etwa ein Stündchen auf der Hochzeit zu erscheinen, kleidete sie sich rasch um und wählte einen Anzug, ein wenig besser als der alltägliche und doch nicht sein genug, um etwa zu hohe Achtung vor der lustigen Versammlung zu verraten. So begab sie sich also nach

Grundstück für einen Preis von 33 000 M. Die unglücklichen Inflationszustände brachten es mit sich, daß dem J. keine Gelegenheit geboten war, ein anderes Anwesen zu erwerben, so daß J. im Besitz der wertlosen Papierscheine und die Castellengo-Abwehrgrube Besitzer eines Wohnhauses mit 14 Mietern und einem dazugehörigen wertvollen Baugrundstück ist.

Was für Lehren muß jeder nur auf seine Handarbeit angewiesene Arbeiter daraus ziehen? Auf der einen Seite können Versprechen gegeben werden und brauchen nicht gehalten werden (Siehe Urteil des Arbeitsgerichts.) Auf der anderen Seite wird das Nichteinlösen von Versprechen noch mit der Ausrufe von Unfähigkeit und Pflichtwidrigkeit mit Brotlosmachung geregelt.

Wer trägt an diesen Zuständen die Schuld? Selber zu einem gewissen Teil die Arbeiterschaft selbst, da der notwendige gewerkschaftliche Gedanke noch nicht überall Eingang gefunden hat. Besonders auf dem sozialen und arbeitsrechtlichen Gebiet muß sich die Arbeiterschaft betätigen und die Gewerkschaften weiterhin aufklärend wirken, damit die Arbeiterschaft nicht so plump hereingelegt werden kann wie im vorliegenden Falle. Also Schulung und Bildung, damit die schlesische Arbeiterschaft zum Bewußtsein ihrer Bedeutung kommt.

In diesem Sinne arbeitet der Christliche Metallarbeiterverband in Oberschlesien.
F. Gorzawski.

Willkür des Lehrlings-Prüfungsausschusses der Borfigwerk-A.-G. (Oberschlesien)

Das Werkschulen- und Lehrwerkstättenwesen in der ober-schlesischen Eisenhüttenindustrie hat schon wiederholt den Gegenstand öffentlicher Erörterungen in Versammlungen von Arbeiter- und Standesvereinen gebildet.

Der Lehrling K. des Hüttenwerks Borfigwerk (Oberschlesien) hat nach vorchriftsmäßiger Lehrzeit sein Gesuch um Zulassung zur Gesellen-

prüfung eingereicht. Dem Gesuch wurde entsprochen. Die Prüfungsbüro ist erstattet, zwei Hauptabschnitten der Prüfung, nämlich der praktischen und schriftlichen, hat sich der Prüfling unterzogen. Er ist sich bei einem Vergleich seiner Leistung mit denjenigen der übrigen Prüflinge dessen bewußt, daß auch er ein befriedigendes Ergebnis erzielen würde. Wie niederschmetternd ist aber für ihn der Bescheid des Vertreters des Lehrherrn, Dipl.-Ing. B., wonach der Lehrling K. zum dritten Abschnitt der Prüfung, nämlich dem mündlichen Teil, nicht mehr zugelassen wird mit dem Hinweis, er müßte noch ein halbes Jahr nachlernen.

Wird dieser Vorgang einer eingehenden Prüfung unterzogen, so kommt man der Ursache dieser eigentümlichen Entscheidung des Herrn B. sehr leicht auf die Spur. Der Lehrling K. hat sich nämlich vor einiger Zeit über eine Maßnahme des Herrn B. bei seinem Vater beschwert. Der Vater des Lehrlings machte daraufhin entsprechende Mitteilung der Direktion des Werks. Diese sorgte für Abhilfe. Dipl.-Ing. B. fühlte sich danach aufs höchste verletzt und glaubt nunmehr den günstigsten Moment dafür aussuchen zu können, um nun durch Verlängerung der Lehrzeit den Lehrling alles entgelten zu lassen.

Dieser Vorgang lehrt aufs neue, wie berechtigt die Forderung der Gewerkschaften ist, daß in die Industrie- und Handelskammer, die einen Einfluß auf die Gestaltung des Lehrvertrages ausüben können, vor allem auch Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitnehmer berufen werden müssen, ferner, daß zur Mitwirkung in den Lehrlings-Prüfungsausschüssen der ober-schlesischen Hüttenindustrie Arbeiterratmitglieder oder andere geeignete Arbeitnehmervertreter hinzugezogen werden, um berechtigten Ansprüchen der Lehrlinge oder ihrer Eltern zur Anerkennung zu verhelfen, wenn den Lehrlingen schädliche Maßnahmen aus persönlicher Verärgerung der Vorgesetzten drohen. Die Jungmetallarbeiter können aber auch daraus ersehen, wie wichtig für sie der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist.
Siara.

Verbandsgebiet

Staulautern. In Staulautern fand kürzlich eine Belegschaftsversammlung des Eisenwerkes Staulautern statt, die sich mit der Lohnfrage befaßte. Es handelt sich hierbei um die Durchführung des für die weiterverarbeitende Eisenindustrie gefällten Schiedspruches. Die Verhandlungskommission, die auftragsgemäß mit der Werksleitung verhandelt hatte, erstattete Bericht über das Verhandlungsergebnis. Aus der Berichterstattung ergab sich, daß die Wünsche der Arbeiter von der Werksleitung nicht so berücksichtigt worden sind, wie es angesichts der langen Laufzeit, wie auch der noch unstabilen Preisverhältnisse der Verbrauchsgüter, die französischen Ursprungs sind, hätte erwartet werden können. Angesichts des guten Beschäftigungsgrades des Werkes erregte das Verhalten der Werksleitung in der Lohnfrage starken Unwillen innerhalb der Versammlungsteilnehmer, die nur mit Mühe niedergehalten werden konnte. Dieser Unwille fand seinen Nährboden darin, daß von der Werksleitung eine zum 1. April ds. Js. zugesicherte Lohnerhöhung, die noch aus der letzten Lohnregelung ausstand, nicht durchgeführt worden ist. Die dafür ange-

führten Gründe, die größte Schuld läge an der unsorgfältigen Arbeit, scheinen sehr unwahrscheinlich und müßten von der Belegschaft abgelehnt werden. Das Geschäftsergebnis des letzten Jahres lasse deutlich erkennen, daß die Belegschaft ihre Pflicht in vollstem Maße getan habe. Die Erzielung einer besseren Produktion würde nur zu erreichen sein, wenn die Leistung der Arbeiterschaft ihre Anerkennung finde. Nachfolgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

„Die im Laufe des Jahres versammelte Belegschaft des Eisenwerkes Staulautern vernimmt mit Unwillen das Ergebnis der Verhandlungen und beauftragt den Arbeiterschuß, nochmals vorstellig zu werden, um der Werksleitung den gefaßten Beschluß mitzuteilen. Die Versammlungsteilnehmer sind gewillt, alles daranzusetzen, um eine Geschlossenheit zu erzielen und erziehen alle abseits stehenden Kollegen, Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu werden, um der Forderung der Belegschaft Nachdruck verleihen zu können.“

dem Rathaus, nur von dem Dienstmädchen begleitet, welches ihr eine Laterne vorantrug. Sie betrat zuerst den Speisesaal: allein die erste Tafel und die Lustbarkeit mit den Geschenken war schon vorüber, und die Ueberbringer derselben hatten ihre Masken abgenommen und sich unter die übrigen Gäste gemischt. In dem Saale war nichts zu sehen als einige Herrengesellschaften, die teils Karten spielten, teils zechten, und so stieg die Treppe nach einer altertümlichen Galerie hinauf, von wo man den Saal übersehen konnte, in welchem getanzt wurde. Diese Galerie war mit allerlei Volk angefüllt, das nicht in Flor war und hier dem Tanze zusehen durfte, wie etwa die Einwohner einer Residenz einer Säulenhochzeit. Frau Regula konnte daher unbemerkt den Ball übersehen, der so ziemlich feierlich vor sich ging und die allgemeine Lusternheit und Begehrlichkeit mit seinem steifen und lächerlichen Zeremoniell zur Not verdeckte. Denn dies hätten die Seldwylers nicht anders getan; sie huldigten vielmehr dem Spruch: „Alles zu seiner Zeit!“ Und wenn sie mit wenig Mühe das Schauspiel eines nach ihren Begriffen noblen Balles geben und genießen konnten, warum sollten sie es unterlassen?

Früher Amrain aber war unter den Tanzenden nicht zu erblicken, und je länger ihn seine Mutter mit den Augen suchte, desto weniger fand sie ihn. Je länger sie ihn aber nicht fand, desto mehr wünschte sie ihn zu sehen, nicht allein aus Besorgnis, sondern auch um wirklich zu schauen, wie er sich eigentlich ausnahmte und ob er in seiner Dummheit nicht noch die Lächerlichkeit zum Leichtsinne hinzugesügt habe. Indem er als eine ungeschickt angezogene schlotttrige Weibsperson sich weiß Gott wo herumtrieb! In diesen Unterforschungen geriet sie auf einen Seitengang der hohen Galerie, welcher mit einem Fenster endigte, das mit einem Vorhang versehen und bestimmt war, Licht in eben diesen Gang einzulassen. Das Fenster aber ging in das kleinere Ratszimmer, ein altes gotisches Gemach, und war hoch an dessen Wand zu sehen. Wie sie



nun jenen Vorhang ein wenig lüftete und in das tiefe Gemach hinunterschaute, welches durch einen seltsamen Strichsanz von Kronleuchtern ziemlich schwach erhellt war, erblickte sie eine kleinere Gesellschaft, die da in aller Stille und Fröhlichkeit sich zu unterhalten schien. Als Frau Regula genauer hinsah, erkannte sie sieben bis acht verheiratete Frauen, deren Männer sie schon in dem Speisesaal hätte spielen sehen zu einem hohen prahlischen Sage. Diese Frauen saßen in einem engen Halbkreise und vor ihnen ebensoviele junge Männer, die ihnen den Hof machten. Unter letzteren war Fröh abermals nicht zu finden und seine Mutter war hierüber sehr froh, da der Kreis dieser Damen nichts weniger als beruhigend anzusehen war. Denn als sie dieselben einzeln musterte, waren es lauter jüngere Frauen, welche jede auf ihre Weise für gefährlich galt und in der Stadt, wenn auch nicht eines schlimmen, doch eines geheimnisvollen Rufes genoß, was bei der herrschenden Duldsamkeit immer noch genug war. Da sah erstens die nicht häßliche Adele Anderau, welche üppig und verlockend anzusehen war, ohne daß man recht wußte, woran es lag, und welche alle jungen Leute jenuweilen mit halbgeschlossenen Augen so anzublicken wußte in einem windstillen Augenblicke, daß sie einen seltsamen Funken von hoffnungsvollem Verlangen in ihr Herz schleuderte. Aber zehn derselben ließ sie schonungslos und mit Aufsehen abziehen, um desto regelmäßiger den ersten in einer sicheren Stunde zu beglücken. Da war ferner die leidenschaftliche Julie Sailer, welche ihren Mann öffentlich und vor so vielen Zeugen

Gotha. Unsere hiesige Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes besaßte sich in ihrer letzten gutbesuchten Versammlung mit dem Kampf gegen die Erwerbslosensfürsorge. Nachdem die Niederschrift der letzten Versammlung sowie der Kassenbericht ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen waren, verlas der Vorsitzende ein Schreiben von der Deutschen Konsumgenossenschaft, das die Vorzüge und Tätigkeit derselben hervorhebt und zeigt, daß die Konsumgenossenschaften ein unentbehrliches Glied für die Gesamtbewegung bedeuten. Kollege Brötling erläuterte nun die Bedeutung der Konsumgenossenschaften an Hand vieler Beispiele näher, was zu einer lebhaften Aussprache führte und den Erfolg zeitigte, daß auch bei unserer Ortsgruppe Stimmung vorhanden ist im kleinen vorläufig anzufangen und durch fleißiges Sparen bei der Deutschen Volksbank Betriebsmittel zu erlangen.

Es folgte nun ein Vortrag des Kollegen Brötling über „Kampf gegen die Erwerbslosenversicherung“. Ausgehend vom derzeitigen Stand des Kapitalmarktes streifte Redner die Reparationsschulden Deutschlands und zeigte, wie die Arbeitgeberpresse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Arbeitslosensfürsorge wie überhaupt gegen die Sozialgesetzgebung heßt und um Abschaffung derselben förmlich schreit. Ferner erwähnte er auch das bekannte Buch eines Herrn Sarg über „Arbeitslose in der Sozialpolitik usw.“ das die gesamte Sozialgesetzgebung beseitigen und dafür den Sparzwang einführen will, was zur allgemeinen Heiterkeit Veranlassung gab. Alle diese Vorschläge, das Geschrei und die Hege der Arbeitgeber zeigen uns aber deutlich, wie groß die Gefahr für die arbeitende Klasse ist und ermahnen uns, nach wie vor auf der Hut zu sein und nicht zu erlahmen, unserem Verbands immer neue Mitglieder zuzuführen, um gestärkt und gewappnet jedem Ansturm der Unternehmer Trotz bieten zu können.

Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil, und es folgte hierauf eine Aussprache aus den einzelnen Betrieben, aus der sich allerlei Mißstände herausstellten, denen nach Möglichkeit begegnet werden soll.

Zum Schluß machte der Vorsitzende, Kollege Meß, noch eine Erläuterung über die Jugendbewegung und ermahnte, kräftig für die Gewinnung unserer Jugend zu arbeiten, da eine starke Jugendgruppe unerläßliche Bedingung für die fernere Gewerkschaftsbewegung ist.

Fehrenbecher.

Schneidemühl. Durch Beschluß sind folgende Verbände in der Grenzmark Nord zum Kartell zusammengeschlossen: 1. Zentralverein christlicher Bauarbeiter Deutschlands; 2. Gutenbergbund, christliche Gewerkschaft deutscher Buchdrucker; 3. Fabrik- und Transportarbeiter, Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter; 4. Graphischer Zentralverband; 5. Zentralverband christlicher Holzarbeiter; 6. Zentralverband der Landarbeiter; 7. Christlicher Metallarbeiterverband.

Das Büro befindet sich in Schneidemühl, Bismarckstraße 52 II.

Reheim. Vor kurzem feierte die Ortsverwaltung Reheim-Hüften im festlich geschmückten Saale des Seelenshauses Reheim ihr 25jähriges Bestehen. Welch ansehnliche Stellung der Christliche Metallarbeiterverband genießt, war daraus zu ersehen, daß Behörden, Vereine, sowie Bruderorganisationen außerordentlich zahlreich vertreten waren. Insbesondere konnte man dies auch von der Presse sagen, mit der wir hier auf bestem Fuße stehen. Wohlfahrtsminister Hirtfelder sandte ein besonderes Glückwunschschreiben und Telegramm, ebenso der Oberpräsident der Provinz

Westfalen, der Landrat des Kreises und andere behördliche Stellen, Verbände und Ortsverwaltungen unseres Verbandes. In all den Reden, die von den Behördenvertretern und sonstigen Vertretern der Körperschaften und Vereine gehalten wurden, wurde die Sympathie für den Christlichen Metallarbeiterverband und die Anerkennung für seine Arbeiten hervorgehoben.

Kollege Klasmeyer wies in seiner Begrüßungsansprache auf die geschichtliche Entwicklung der Verwaltung hin und gedachte zunächst seines Vorgängers, des Kollegen Franz Hegemann, der leider durch Krankheit nicht teilnehmen konnte und ein herzliches Glückwunschtelegramm gesandt hatte. Auf der Bühne waren die Bilder von Franz Wieber und Pfarrer Dr. Balkenohl, von Blumen umrahmt, aufgestellt. Kollege Klasmeyer wies auf die gewaltige Arbeit unseres Verbandsgründers hin, denn wo immer man von der Geschichte und Entwicklung unseres Verbandes spreche, könne man an den großen Verdiensten des Kollegen Wieber nicht vorbeigehen. Weiter gedachte er des verstorbenen Pfarrers Dr. Balkenohl, der in der Gründerzeit treu zur Arbeiterschaft und ihren Bestrebungen gestanden hat. Dieser edle Priester, an dessen Grab die christlich organisierte Arbeiterschaft in diesen Tagen dankbaren Gedankens einen Kranz niederlegen ließ, bleibt in den Herzen der Arbeiterschaft unvergessen. Zur großen Freude konnten sechs Jubilare, die stets in unverbrüchlicher Treue zum Verband gestanden haben und darüber hinaus auch wirkliche Pioniere der Bewegung gewesen sind, besonders gefeiert werden. Es waren dies die Kollegen Fröh Kieseheuer, Franz Pichmann, Ferdinand Griesenbrock, Klemens Mege, Eberhard Hültschmidt und Theodor Flormann, die vor mehr als 25 Jahren, ja teilweise 30 Jahren, den Gedanken der Gewerkschaftsbewegung unter der Arbeiterschaft ausbreiteten und unter stärksten Opfern treu zur Sache gestanden haben.

Kollege Klasmeyer gedachte in ehrenden Worten der Arbeit dieser Jubilare und fand herzliche Worte des Dankes mit dem Gelöbnis, es den Alten gleich zu tun. Ganz besonders hob Redner die Verdienste des Kollegen Kieseheuer um die Bewegung hervor. Er war es, der in der Gründerzeit unter schwersten Opfern den Verband ins Leben rief und ihn mit Hilfe gleichgesinnter Kollegen, insbesondere der Jubilare, vorwärts brachte. Fröh Kieseheuer ist im ganzen Christlichen Metallarbeiterverband bei den älteren Kollegen bekannt und heute noch hauptamtlich als Kassierer im Verband tätig. Neben der Anerkennung des Hauptvorstandes wurde den Jubilaren auch noch ein wertvolles Andenken, geschenkt von der Ortsverwaltung, überreicht. Kollege Fröh Kieseheuer dankte namens der Jubilare und richtete begeisterte Worte an die Jugend.

Kollege Georg Pelster war an Stelle des verhinderten Verbandsredakteurs Georg Wieber erschienen und überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes. Die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Pelster, die von der Presse sorgfältig gebracht wurden, lösten eine große Begeisterung aus. Der Sprechchor der christlichen Gewerkschaften trug in recht wirkungsvoller Weise den Chor von Christoph Wieprecht: „Sinauf zum Licht!“ vor und waren alle Festner sammelten voll des Lobes. Die Musik und der Gesangverein „Grosjinn“ der christlichen Gewerkschaften taten ihr übriges, um zur guten harmonischen Feier beizutragen. Allen Teilnehmern hat diese Veranstaltung ausgezeichnet gefallen, und man kann nur den Wunsch haben, daß diese Jubelfeier den christlichen Gewerkschaftsgedanken weiter vertiefen und zur Stärkung der Ortsverwaltung beitragen möge. Klasmeyer.

als möglich stürmisch liebte, die glühendste Eifersucht auf ihn an den Tag legte und fortwährend der Untreue anklagte, dies alles so lange, bis irgendein Dritter den fühllosen Gatten beneidete und solcher Leidenschaftlichkeit teilhaftig zu werden trachtete. Da trauerte auch die sanfte Emmeline Aderstein, welche eine Dulderin war und von ihrem Manne mißhandelt wurde, weil sie gar nichts gelernt hatte und das Hauswesen vernachlässigte; diese sah bleich und schmachtend aus und sank mit Tränen dem in die Arme, der sie trösten mochte. Auch die schlimme Lieschen Aufdermaur war da, welche so lange Klatschereien und Sänkereien anrichtete, bis irgendein Aufgebrachter, den sie verleumdet, sie unter vier Augen in die Klemme brachte und sich an ihr rächte. Dann folgte außer zwei oder drei ausgeweckten Wesen, welche ohne weitere Begründungen schlechtweg taten, was sie mochten, die stille Theresja Gut, welche äußerst teilnahmslos weder rechts noch links sah, niemandem entgegenkam und kaum antwortete, wenn man sie erredete, welche aber, zufällig in ein Abenteuer verwickelt und angegriffen, unerwarteterweise lachte wie eine Kärrin und alles geschehen ließ. Endlich sah auch dort das leichtsinnige Käthchen Amhag, welches immer eine Menge heimlicher Schulden zu tragen hatte.

Nachdem Frau Amrain die Beschaffenheit dieses weiblichen Kreises erkannt, wollte sie eben Gott danken, daß ihr Sohn wenigstens auch da nicht zu erblicken sei, als sie noch eine weibliche Gestalt zwischen ihnen entdeckte, die sie im ersten Augenblick nicht kannte, obgleich sie dieselbe schon gesehen zu haben glaubte. Es war ein großes prächtig gewachsenes Wesen von amazonenhafter Haltung und mit einem locken blonden Lockenkopf, das aber hold verschämt unter den lustigen Frauen Jes und von ihnen sehr aufmerksam behandelt wurde. Beim zweiten Blick erkannte sie jedoch ihren Sohn und ihr violettes Seidenkleid zugleich und sah, wie vortrefflich ihm dasselbe saß, und mußte sich auch gestehen, daß er ganz geschickt und reizend ausgeputzt sei. Aber im

gleichen Augenblick sah sie auch, wie ihn seine Nachbarin küßte, infolge irgendeines Unterhaltungsspieler, das die fröhliche Gesellschaft eben beschäftigte, und wie er gleicherzeit die andere Nachbarin küßte, und nun hielt sie den Zeitpunkt für gekommen, wo sie ihrem Sohne den Dienst, welchen er ihr als fünfjähriges Knäblein geleistet, erwidern konnte.

Sie stieg ungesäumt die Treppe hinunter und trat in das Zimmer, die überraschte Gesellschaft bescheiden und höflich begrüßend. Alles erhob sich verlegen; denn obgleich sie sattjam durchgehelt wurde in der Stadt, so flößte sie doch Achtung ein, wo sie erschien. Die jungen Männer grüßten sie mit aufrichtig verlegener Ehrerbietung und um so aufrichtiger, je milder sie sonst waren; von den Frauen aber wollte keine scheinen, als ob sie mit der achtbarsten Frau der Stadt etwa schlecht stände und nicht mit ihr umzugehen wüßte, weshalb sie sich mit großem Geräusch um sie drängten, als sie sich von ihrer Ueberraschung etwas erholt. Am verblüfftesten war jedoch Fröh, welcher nicht mehr wußte, wie er sich in dem Kleide seiner Mutter zu gebärden habe; denn dies war jetzt plötzlich sein erster Schrecken, und er bezog den ersten Blick, den sie einstweilen auf ihn geworfen, nur auf die gute Seide dieses Kleides. Andere Bedenken waren noch nicht ernstlich in ihm aufgestiegen, da in der allgemeinen Lust der Scherz zu gewöhnlich und erlaubt schien. Als alle sich wieder gesetzt hatten, und nachdem sich Frau Amrain ein Viertelstündchen freundlich mit den jungen Leuten unterhalten, winkte sie ihren Sohn zu sich und sagte ihm, er möchte sie nach Hause begleiten, da sie gehen wolle. Als er sich dazu ganz bereit erklärte, flüsterte sie ihm aber mit strengem Tone zu: „Wenn ich von einem Weibe will begleitet sein, so konnte ich die Grete hier behalten, die mir hergelaufen hat! Du wirst so gut sein und erst heimlaufen, um Kleider anzuziehen, die dir besser stehen als diese hier!“

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsrecht

Sozialversicherung

Nummer 9

Duisburg, den 27. Juli 1929

Nummer 9

Reform der Arbeitslosenversicherung

Sofortprogramm und Endprogramm



Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schuldet dem Reich 275 Millionen Reichsmark als Darlehen, weil sie nicht imstande war, aus eigener Kraft der außerordentlichen Anspannung, die durch den ungewöhnlich langen Winter verursacht wurde, zu genügen. Außer diesen 275 Millionen hat das Reich noch Aufwendungen für die Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit, für die Krisenunterstützung und für die produktive Arbeitslosenfürsorge (Darlehen für Notstandsarbeiten), gemacht. Diese Verschuldung der Reichsanstalt haben gewisse Kreise zur Veranlassung genommen, die Arbeitslosenversicherung in Grund und Boden zu kritisieren.

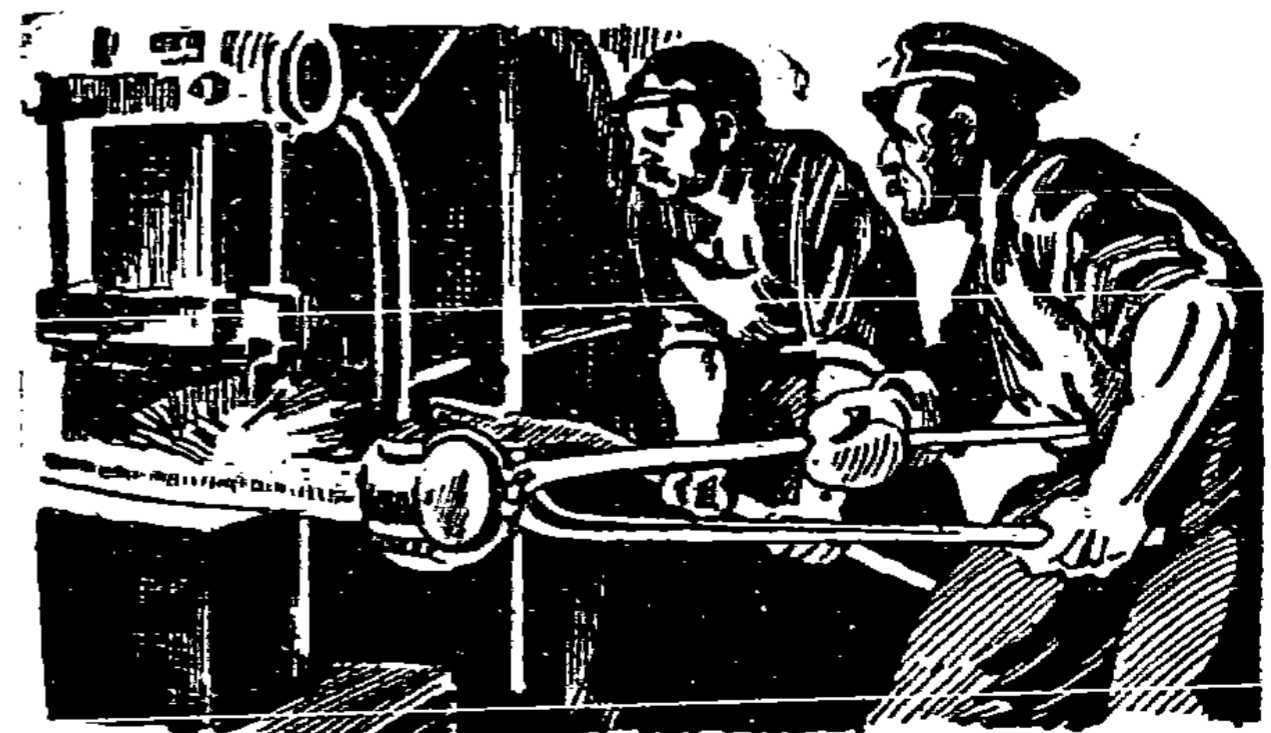
Dabei hat die Erwerbslosenfürsorge in früheren Jahren weit höhere Zuschüsse von Reich, Ländern und Gemeinden erfordert, als die Versicherung im abgelaufenen Jahre. Nun soll plötzlich Vorsorge getroffen werden, daß solche Finanzkrisis nicht wieder eintreten kann, d. h. daß die Reichsanstalt in der Lage ist, sich allein aus Beitragsmitteln zu finanzieren. Da man aber dem Wetter nicht gebieten kann, will man die Leistungen mindern. Die Arbeitnehmer sehen sich dagegen zur Wehr, würden jedoch über eine vorübergehende Beitragserhöhung zur Behebung der Notlage mit sich reden lassen. Ehe die Versicherung zerfallen wird, ist die Frage einer vorübergehenden Beitragserhöhung ernsthaft zu prüfen. Allerdings darf die Beitragserhöhung nicht dazu benutzt werden, um die Rückzahlung der Darlehen an das Reich sicherzustellen. Es ist vielmehr zu verlangen, daß die Reichsanstalt die Ersparnisse, die sie im Sommer machen kann, für die Anforderungen des Winters zurücklegen darf. Sonst wird bei der verstärkten Anspannung, die im Winter zweifellos wieder eintreten wird, nicht die geringste Rücklage vorhanden sein.

Nun ist sehr viel die Rede von einem Sofortprogramm, d. h. Forderungen, die im Augenblick durchgeführt werden sollen, und von einem Endprogramm.

Was auf dem Wege der Verwaltung an Ersparnissen zu erreichen ist, das wird bereits getan. Der Vorstand der Reichsanstalt hat sich eingehend mit der Lage beschäftigt und eine Anweisung über die Prüfung der Arbeitswilligkeit und ähnlicher Dinge an die Arbeitsämter herausgegeben. Von solchen Maßnahmen sind aber keine Millionenersparnisse zu erwarten. Im Sommer ist die Prüfung der Arbeitswilligkeit allerdings sehr viel leichter als im Winter, weil vermehrtes Arbeitsangebot vorhanden ist. Zur Zeit ist die Lage schon wieder so, daß die Reichsanstalt den an sie herantretenden Anforderungen an Unterstützung aus eigenen Mitteln gerecht werden kann; was in dem einen Bezirk noch fehlt, wird in dem anderen als Ueberschuß erzielt. Man kann Änderungs- und Verbesserungsvorschläge darum in Ruhe prüfen. Eile ist nur bei der Entscheidung über die Beitragserhöhung geboten. Will man überhaupt für die Anforderungen des Winters gerüstet sein, ohne die Reichskasse in Anspruch zu nehmen (Sachkundige behaupten, daß die Reichskasse für die Arbeitslosenversicherung nichts übrig haben wird), so muß man im Sommer Mittel sammeln, die man im Winter verzehren kann. Das ist auch dann notwendig, wenn durch sonstige kleine Änderungen hier oder da Ersparnisse erzielt werden. Große Ersparnisse, von denen manche träumen, sind nicht möglich, wenn man nicht ganze Gruppen der Versicherten künftig von der Versicherung ausschließen will. Einer solchen Herausnahme widersetzt sich die Gesamtheit der Arbeitnehmer aber ganz entschieden.

Eine weitere dringende Aufgabe ist die Regelung des Unterstützungsbezuges bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit. Während die Frage der Beitragserhöhung mit Rücksicht darauf, daß die Sommermonate genützt werden müssen, sofort entschieden werden muß, hat die Regelung der Saisonarbeiterfrage Zeit bis in den September. Allerdings muß sie dann erfolgen, nicht erst wieder — wie im vorigen Jahre — im Dezember. Nach den verschiedenen Erfahrungen, die auf dem Gebiete der berufsüblichen Arbeitslosigkeit gemacht worden sind, empfiehlt es sich nicht, den Kreis der Saisonarbeiter bestimmt abzugrenzen. Es ist vielmehr eine Regelung zu suchen, die alle Versicherten gleichmäßig trifft. Wird die Unterstützungshöhe abhängig gemacht nicht mehr von der Höhe des Beitrags allein, sondern auch von der Dauer der Beitragszahlung, dann kommt man der Lösung des Problems näher. Man schafft einen Anreiz, die Unterstützung nicht sofort nach Erfüllung der Wartezeit in Anspruch zu nehmen, sondern durch längere Beitragszahlung auch eine Erhöhung des Unterstützungsanspruches zu erreichen. Diese Regelung hat zwar für die Angehörigen anderer Berufsgruppen die Wirkung, daß sie bei kurzer Beitragszeit ebenfalls eine Kürzung ihrer Ansprüche erfahren. Sie erscheint jedoch gerecht und enthält auch den wünschenswerten Ausgleich, weil auf der anderen Seite Personen, die zwar zu den Saisonarbeitern zählen, aber jahrelang regelmäßig gearbeitet haben, ohne zu feiern, keine Kürzung ihrer Ansprüche erfahren würden. Es ist nicht einzusehen, warum eine solche Lösung nicht im Laufe des Sommers vorbereitet und im Winter vom Reichstag verabschiedet werden kann. Geschieht dies, dann ist die wichtigste Frage, die die Gemüter heute bewegt und erregt, gelöst und man kann die übrigen Dinge mit größerer Ruhe behandeln.

Die Untersuchung, ob der Personenkreis der Versicherung zu ändern ist, muß sehr sorgfältig geführt werden. Sollte man zu dem Ergebnis kommen, bestimmte Personengruppen herauszunehmen, dann ist zu prüfen, ob das heutige Beitragsverfahren beibehalten werden kann. Es wäre zu rechtfertigen, Nebenberufe und Nebenverdienste versicherungsfrei zu machen; es muß dann aber auch Vorsorge getroffen werden, daß nicht regelrechte Arbeitsverhältnisse in Gelegenheitsarbeit aufgelöst werden, damit der Unternehmer die Beiträge spart. Schon jetzt macht sich auf allen Gebieten eine Abwälzung des Unternehmerrisikos auf die



Hüte dich vor Prellschlägen, achte, daß das Werkstück glatt aufliegt! Die Zange darf nicht gegen den Leib des Arbeiters gehalten werden.

Reichsanstalt bemerkbar. Solchen Versuchen muß entgegengetreten werden. Die Versicherung ist nicht dazu da, den Unternehmern über die stille Zeit hinwegzuhelfen, sondern sie soll nur bei wirklicher Arbeitslosigkeit den Arbeitnehmern helfen. Früher hat man Sacharbeiter auch in den Tagen, an denen sie nicht unbedingt nötig waren, behalten; jetzt überantwortet man sie einfach der Versicherung. Auch die Fragen der Befreiungen in der Landwirtschaft sind erneut zu prüfen. Am leichtesten einigen wird man sich voraussichtlich über die Herausnahme von Wartegeldbezieher und Pensionären aus der Versicherung. Aber weil die Versicherungsgesetze aufeinander abgestimmt werden müssen, ist auch hier sorgfältige Ueberlegung nötig.

In einer Zusammenstellung, die vor kurzem durch die Presse ging, war der erste Punkt: die Befreiung der Schulkinder von der Versicherung. Theoretisch besteht tatsächlich, wenn Schulkinder arbeiten, Krankenversicherungspflicht und im Anschluß daran Arbeitslosenversicherungspflicht. In der Praxis wird aber kaum ein Schulkind die Unterstützung bekommen, weil ein Schulkind dem

Arbeitsmarkt nicht voll zur Verfügung steht. Bei einer Gesetzesänderung ist natürlich ein Auspuß auch nach solcher Richtung vorzunehmen. Um solcher Mängel willen braucht man jedoch kein „Sofort“-Programm aufzustellen. Ein „End“-Programm werden wir aber auch schwer feststellen können. Aenderungs- und Verbesserungswünsche wird es geben, solange das Gesetz besteht.

Mancher Aenderungswunsch auf dem Gebiete der Versicherung wird sich von selbst erledigen, wenn es gelingt, die Arbeitsvermittlung auszubauen. Leider werden der Reichsanstalt hier oft genug die Hände gebunden. Nicht nur, daß Schwierigkeiten in der Sache selbst liegen. Gute Einrichtungen zum Zwecke der Arbeitsvermittlung können nur wachsen und nicht aus dem Boden gestampft werden. Aber auch das, was geschehen könnte, muß häufig unterbleiben, oder es erfolgt zu spät, weil das Gesetz zu allen Ausgaben die Zustimmung der Reichsregierung voraussetzt, und die Reichsregierung (lies: der Reichsfinanzminister) diese Zustimmung entweder versagt oder so verzögert, daß die beste Zeit ungenutzt verstreicht. Ml.

Das neue Gesetz über Wochenhilfe



Der Reichstag hat am 18. Mai 1929 ein Abänderungsgesetz zur reichsgesetzlichen Wochenhilfe beschlossen, das neuerdings den Versicherungsschutz der Schwangeren und Wöchnerinnen mit Wirkung vom 1. Juni 1929 nicht unwesentlich erweitert.

In Verfolg der Verwirklichung des bevölkerungspolitischen Grundgesetzes, den Schwangeren in den letzten Wochen vor der Niederkunft die Arbeitslast der Berufstätigkeit nach Tunlichkeit abzunehmen, erhöht das neue Gesetz das Wochengeld für die Zeit vor der Niederkunft als Regel- oder Mindestleistung von 50 auf 75 Prozent des Grundlohnes unter der Voraussetzung, daß die Schwangere während der gesetzlich geschützten Zeit — vier oder sechs Wochen vor der Entbindung — keine Lohnarbeit verrichtet. Nach dem bisher gültigen Recht war das Wochengeld sowohl für die Zeit vor wie auch für die Zeit nach der Entbindung im allgemeinen gleich hoch wie das Krankengeld. Wohl durften die Kassen bisher schon mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes das Wochengeld höher ansetzen als das Krankengeld und dabei bis zu 75 Prozent des Grundlohnes gehen. Allein von dieser Ermächtigung haben nur wenige Kassen in dem Umfange Gebrauch gemacht, den man bei der bevölkerungspolitischen Bedeutung des Schwangerenschutzes erwarten konnte. Deshalb verwandelte das Gesetz vom 18. Mai 1929 die bisher in das Belieben der Kasse gegebene Mehrleistung, soweit die Zeit vor der Niederkunft in Frage kommt, in eine gesetzliche Pflichtleistung, um so die Schwangeren von dem Druck zu befreien, bis zur Entbindung in Lohnarbeit ihren Unterhalt suchen zu müssen.

Die praktische Auswirkung dieser neuen Bestimmung ist, an einem Beispiele gesehen, folgende: Angenommen, eine Schwangere kommt am 29. Juni 1929 nieder. Sie ist bei der Allg. Ortsfran-

kenkasse L. bei einem Grundlohn von 3 M mit einem 50prozentigen Krankengeldsatz von 1,50 M pro Tag versichert. Nach bisherigem Rechte hätte sie an Wochengeld von der Kasse zu beanspruchen gehabt für die Zeit

vom 1. Juni mit 28. Juni = 28 Tage je 1,50 M = 42,— M

vom 29. Juni mit 1. Aug. = 43 Tage je 1,50 M = 64,50 M

zusammen also für 71 Tage 106,50 M.

Auf Grund des neuen Gesetzes aber stehen ihr zu für die Zeit

vom 1. Juni mit 28. Juni = 28 Tage je 2,25 M = 63,— M

vom 29. Juni mit 10. Aug. = 43 Tage je 1,50 M = 64,50 M

zusammen also für 71 Tage 127,50 M.

Die Wöchnerin erhält demnach im vorliegenden Falle nach dem neuen Gesetz um 21 M mehr Wochengeld, als ihr nach bisherigem Rechte zugestanden hätte.

Des weiteren sichert das neue Gesetz den Schwangeren und Wöchnerinnen die Fortdauer der Kassenmitgliedschaft, solange sie Anspruch auf Wochen- und Schwangerengeld haben und keine Lohnarbeit verrichten. Der besondere Vorteil der diesbezüglichen neuen Bestimmung liegt darin, daß die Schwangere, sobald sie in den Bezug des Wochengeldes eingewiesen ist, im Gegensatz zum bisherigen Rechte künftighin auch ohne freiwillige Weiterversicherung für die ganze Dauer des Wochengeldbezuges Kassenmitglied bleibt und die Leistungen der Wochenhilfe erhält. Mit dieser Regelung ist jene große Härte beseitigt, die in der Praxis nicht selten eintrat, und zwar dadurch, daß Schwangere beim Austritt aus der Beschäftigung in den letzten Wochen vor der Entbindung es unterließen hatten, sich freiwillig weiter zu versichern und damit am Tage der Niederkunft mangels Mitgliedschaft keinen Anspruch an die Kasse mehr hatten. Sch.

Lief-Hartz-Müller und ihre Sozialversicherung



Am 8. und 9. Juni haben sich die Gegner der deutschen Sozialversicherung auf der Tagung der Gesellschaft „Deutscher Staat“ ein Streitgespräch gegeben. Diese Gesellschaft will der Erneuerung des deutschen Staates und Volkes im nationalen und völkischen Sinne dienen. In Dresden hat man es dann unternommen, das Kernstück der deutschen Sozialversicherung einer „unvoreingenommenen sachlichen“ (?) Prüfung zu unterziehen.

Als erster Referent trat Dr. med. Edwin Lief auf, der vom ärztlichen Standpunkt aus die Unhaltbarkeit der Krankenversicherung nachzuweisen versucht. Er brachte wenig Neues und wiederholte zum größten Teil die schon in seiner Schrift: „Der Arzt und seine Sendung“ niedergelegten Gedanken. In Dresden brachte er wiederum zum Ausdruck, daß das jetzige System geradezu zu einer Zerstörung des Gesundheits- und Lebenswillens des deutschen Volkes führe. Dr. Edwin Lief mag aber bedenken, daß seine Berufskollegen sich außerordentlich stark um die Zulassung als Kassenarzt bei den Krankenkassen bemühen. Die Arbeit seiner Berufskollegen scheint also anderer Ansicht zu sein wie er. Versicherungspflichtige Unfälle heilen viel langsamer als andere erklärt Lief, und jagt dann weiter, daß der Kampf um die Rente den Menschen unbrauchbar mache. Nach ihm

sind weder den Versicherten, noch den Ärzten Vorwürfe zu machen. Die Schuld liege allein am „falschen System“. Sein Ziel ist immer weiterer Abbau von Zwang und Bevormundung.

Gustav Hartz wiederholte als zweiter Redner die bekannten Darlegungen seines Buches: „Irrwege der deutschen Sozialversicherung“. Nach ihm ist die Sozialversicherung nichts anderes als eine zwangsweise Enteignung der Arbeiter, die die Besitzlosigkeit derselben verewige. Nach seiner Ansicht habe die deutsche Sozialversicherung die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht verkleinert, sondern vergrößert. Nein, Herr Hartz, diese Argumentation geht völlig daneben. Der Grund hierfür liegt auf anderem Gebiete. Er ist darin zu erblicken, daß der Arbeiterstand von seiner Geburtsstunde an als etwas minderwertiges betrachtet wurde. Die Mißachtung, um nicht zu sagen Verachtung des Menschentums im Arbeiter, die das Unternehmertum und nicht zuletzt das Bürgertum an den Tag legte, hat diese Kluft verbreitert. Die Arbeiterkinder wurden zu Anfang dieses Jahrhunderts auf den Schulhöfen noch mit Schimpfnamen wie Fabrikfinder, Klettkerfinder usw. belegt. Dem Arbeiter verweigerte man die politische Gleichberechtigung. Wehe dem Arbeiter, der sich erdreistete, politisch eine andere Meinung zu haben als sein Arbeitgeber befahl. Die Bevormundung ging so weit, daß man an die Arbeiter „die richtigen“ Stimmzettel verteilte und die

Stimmabgabe überwachte. Trotz des beispiellosen glänzenden Aufstieges der deutschen Industriewirtschaft ließ man den Arbeiter darben. Das, Herr Rath, sind einige Gründe, die zur Verbreiterung der Kluft im deutschen Volke geführt haben. Wir bedauern Herrn Rath. Noch vor wenigen Jahren war er mit uns einer Meinung. Damals schrieb er in der „Niederrheinischen Warte“ (Nr. 2 vom 25. 1. 1926) in einem Artikel: „Immer wieder: die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft“ folgendes:

„Man muß wohl der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums recht geben, wenn sie sagt: „Die Auffassung, der Versicherungsaufwand sei eine Last, wird dem Ursprung, Grund und Zweck der Sozialversicherung nicht gerecht. Die Sozialversicherung vereint in sich — wenigstens zum Teil — die frühere gesetzliche Fürsorge der Unternehmer, die eigene Vorsorge der Arbeiter und die Fürsorge der öffentlichen Verbände. Die Sozialversicherung ist öffentlich-rechtlicher Sparzwang zur Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung und zugleich Risikoausgleich im Falle der Krankheit und des Unfalles, der Berufsunfähigkeit, der Mutterschaft und des Todes.“

Ungefähr zu gleicher Zeit forderte er in öffentlichen Kundgebungen den weiteren Ausbau der Sozialversicherung. Und heute? Gewiß war ein starker Strebergeist und ein wenig Größenwahn in ihm. Nachdem er dann mit dem jungen Fürsten Bismarck an der Spitze des Reichstagswahlvorschlages der Deutschnationalen Volkspartei im Wahlkreis Weser-Ems gestanden hat, und er mit diesem durch die Lande gezogen ist, scheint er sich allmählich seines wahren Wertes erst bewußt geworden zu sein, und er ist in das Lager der Gegner abgeschwenkt.

Rechtsanwalt Dr. Müller-Plauen referierte dann über das Zwangssparsystem. Das Sparsystem dieses Mannes, der als Rechtsanwalt wohl noch nie mit der Sozialversicherung etwas zu tun gehabt, hat starke Ähnlichkeit mit dem System Rath.

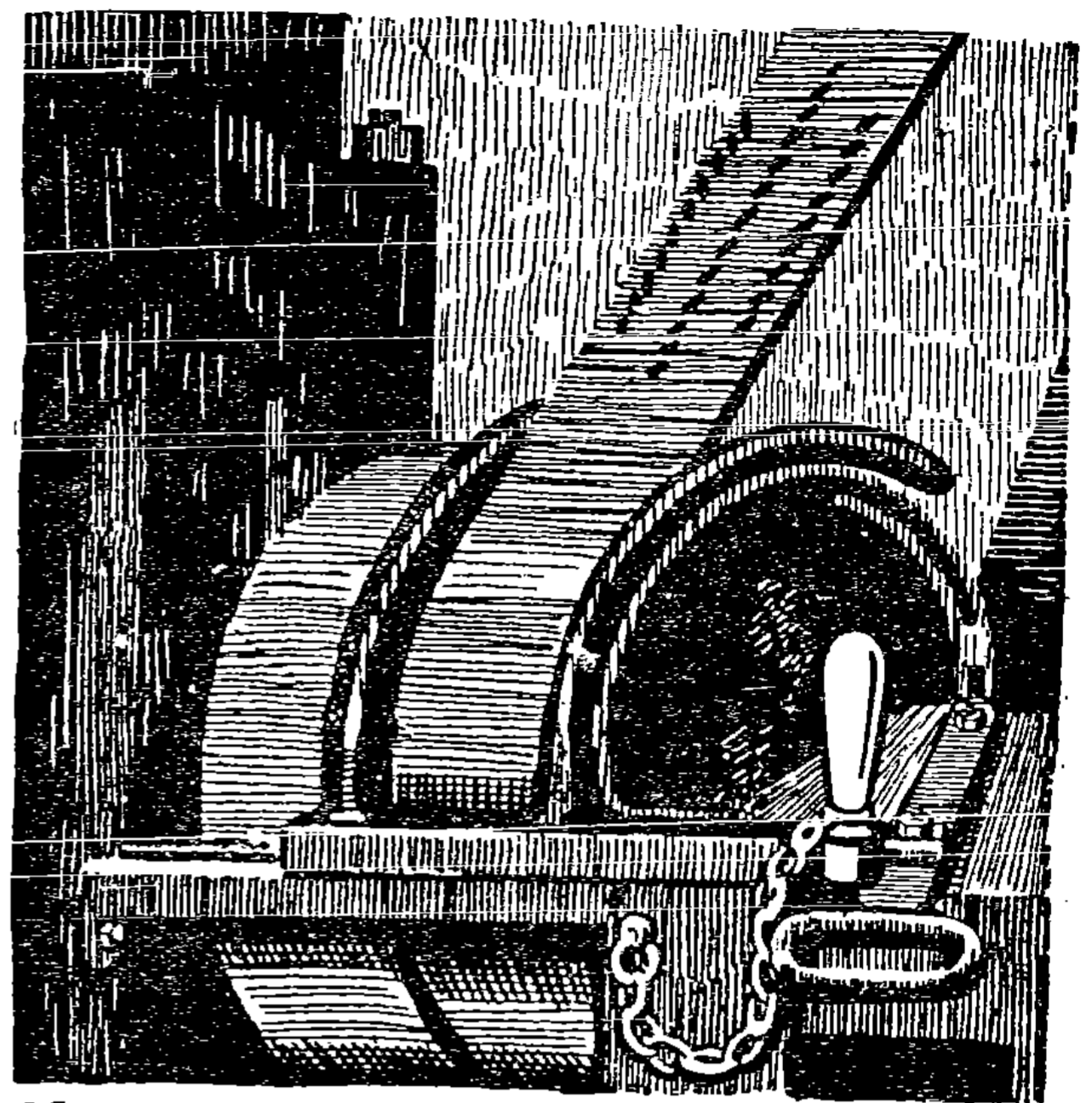
All diesen Theoretikern dürfte doch, oder besser gesagt müßte doch, wenn sie sich wirklich mit dem „Problem“ befaßt haben, bekannt sein, daß nach den statistischen Feststellungen im Jahre 1926 auf jeden in der Krankenversicherung Versicherten 12,4 Krankheitstage entfallen.

Es ist angebracht, diese Leute einmal auf die Untersuchungen des Landesgewerbeamtes Dr. Teleky-Düsseldorf hinzuweisen. In seiner Statistik über die Erkrankungs Häufigkeit in den Rheinischen Krankenkassen in den Jahren 1922—1926 weist derselbe eine solche von 32,9—75,9 Prozent nach. Nach dieser Statistik beträgt

die Gesamtkrankungshäufigkeit
Erkrankungsprozent der Männer in Berufsgruppen mit
über 500 Mitgliedern:

Ortskrankenkasse	Jahr	Gesamtmitgliederzahl	Gesamterkrankungshäufigkeit bei Met.-Arb. ¹	Gesamterkrankungshäufigkeit
Düsseldorf	1922=26	199 465	57,6	65,98
Aachen	1922=26	126 614	42,44	44,8
Barmen	1922=25	107 223	42,82	48,57
M. Gladbach	1922=26	72 944	41,55	62,29
Remscheid	1922=25	59 576	37,7	42,7
Köln-Land	1922=26	46 178	75,9	78,4
Koblenz	1922=26	41.878	32,9	40,92
Delbert	1922=24=26	37 151	59,6	64,0
Wald	1922=26	29 917	47,5	51,03
Solingen	1925=26	21 496	66,7	66,8
Kreuznach	1922=26	18 234	60,6	57,78
Cottbus	1925=26	17 410	48,1	67,5
Ronsdorf	1922=26	15 684	40,76	60,41
Lüdenscheid	1923=24	14 135	39,6	39,4
Ohligs	1925=26	13 457	52,5	64,7
Boppard	1922=26	4 704	47,1	—

1.) Die Zahlen für Metallarbeiter beruhen auf Grundzahlen von über 1000 Kassen bzw. Berufsangehörigen.



Sichere Deine Maschine durch Vorstecker!

Daraus geht hervor, daß Krankheitsfälle doch etwas häufiger sind wie die Herren Theoretiker es annehmen. Diese Tatsache ist auch nicht aus der Welt zu schaffen mit der Behauptung, daß die meisten Krankheitsfälle nicht vorhanden wären, wenn die Versicherten selbst für die Kosten aufkommen müßten.

Am wertvollsten war wohl noch der Vortrag des Professor Albrecht-Jena. Seine Kritik richtete sich nicht gegen das Prinzip der Sozialversicherung an sich, sondern mehr gegen die Ausgestaltung und Handhabung. Wir sind die Lezten, die nicht gerne und freudig mitarbeiten an der Beseitigung offensichtlicher Mängel. Undoreingenommen und sachlich soll die Frage der Sozialversicherung in Dresden behandelt sein. Wir müssen das bezweifeln. Warum hat man auf dieser Tagung der Gesellschaft „Deutscher Staat“ neben den ausgesprochenen Gegnern der Sozialversicherung nicht auch sachkundige Männer derselben zu Worte kommen lassen? Erst dann wäre eine sachkundige undoreingenommene Prüfung der Materie möglich gewesen. So wurden die Dinge doch etwas stark einseitig behandelt.

Sehr überzeugt scheinen die Kritiker von der Durchführbarkeit ihrer Ideen nicht gewesen zu sein. Nach Presseberichten soll durch alle Reden die Ueberzeugung durchgedrungen sein, daß grundstürzende Neuerungen vom heutigen Staate nicht zu erwarten seien, daß aber ein neues drittes Reich auch auf diesem Gebiete gründlich Wandel schaffen werde.

Bis dahin wird es noch gute Weile haben. Wir sind der Meinung, daß etwa bestehende Mißstände durch verständnisvolle, vom gegenseitigen Vertrauen getragene Reformarbeit der in den Organen der Sozialversicherung wirkenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer dann längst beseitigt sein werden. Von dieser Reformarbeit versprechen wir uns mehr, als von den Theorien von Männern, die der Sozialversicherung mehr oder weniger fern stehen.

Neuregelung der Krisenunterstützung



Durch Erlass des Reichsarbeitsministers vom 29. Juni wird die Krisenunterstützung mit Wirkung vom 7. Juli ds. Js. neu geregelt.

Danach ist den Angehörigen folgender Berufe ohne besondere Zulassung Krisenunterstützung zu gewähren: a) Glasindustrie, b) Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, c) Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe, d) Holz- und Schnitzstoffgewerbe, e) Bekleidungsgewerbe, f) Büh-

nenmitglieder einschl. der Chorsänger, soweit diese Bühnenmitglieder sind, und des bei Lichtspielaufnahmen verwandten darstellerischen Personals, g) Angestellte.

Das gilt sowohl für Arbeitslose, welche die Anwartschaft nach Par. 95 des Gesetzes (26 Wochen Beschäftigungsdauer) nicht erfüllt, aber innerhalb der letzten zwölf Monate mindestens dreizehn Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, als auch für Arbeitslose, welche von der Arbeitslosenversicherung ausgenommen sind.

Die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter sind ermächtigt, soweit ein Bedürfnis dazu besteht, für ihren Amtsbezirk oder für Teile desselben, folgende weitere Berufe in die Krisenunterstützung einzubeziehen: a) Industrie der Steine und Erden, b) Spinnstoffgewerbe, c) Buchbinder, Kartonagearbeiter und einschlägige Berufe, d) Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, mit Ausnahme des Mülkereis- und Getränkegewerbes, e) Diversifiktionsgewerbe, f) kunstgewerbliche Berufe, g) Theater, Musik, Schaustellungen aller Art, h) un- und angeleitete Fabrikarbeiter, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen.

Ganz ausgeschlossen von der Krisenunterstützung sind nach dem neuen Erlasse alle Arbeitslosen unter 21 Jahren, ferner die Personen, für die berufliche Arbeitslosigkeit anerkannt ist, während der Dauer dieser beruflichen Arbeitslosigkeit. Letzte Bestimmung gilt nicht für Steinbildhauer.

Die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter sind weiter ermächtigt, für Gemeinden mit nicht mehr als 50 000 Einwohner die Krisenunterstützung auf weitere Berufsgruppen auszudehnen, wenn ein langanhaltender Notstand auf dem Arbeitsmarkt der Gemeinde besteht. Ebenso dürfen die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter Abrundungen des Personenkreises der Krisenunterstützung vornehmen, soweit dies zur Vermeidung offensichtlicher Ungleichheiten erforderlich ist.

Die Dauer der Krisenunterstützung ist auf 39 Wochen begrenzt. Für Arbeitslose, welche das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann jedoch die Dauer auf 52 Wochen verlängert werden, wenn die Lage des Arbeitsmarktes dies erfordert.

Der Reichsarbeitsminister wünscht, daß die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter vor ihren Entscheidungen mit Vertretern der beteiligten Berufe Fühlung nehmen, auch Vertreter des Verwaltungsausschusses zu den Erörterungen zuziehen. Jedoch sollen dadurch Verzögerungen nicht eintreten.

In den Uebergangsbestimmungen ist angeordnet, daß Zulassungen von Berufsgruppen auf Grund besonderer Anordnung des Reichsarbeitsministers auch weiterhin in Kraft bleiben. Dasselbe gilt für Zulassungen der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter. In beiden Fällen ist jedoch nachzuprüfen, ob die Voraussetzungen für diese besonderen Zulassungen noch bestehen.

Personen, deren Berufsgruppe nach diesem Erlaß zur Krisenunterstützung nicht mehr zugelassen ist, scheiden spätestens am 13. Juli 1929. Personen, welche die Höchstbegrenzung der Krisenunterstützung erreicht oder bereits überschritten haben, scheiden spätestens am 20. Juli 1929, unterstützte Arbeitslose unter 21 Jahren scheiden spätestens mit Ablauf des 27. Juli 1929 aus der Krisenunterstützung aus.

Der neue Erlaß ist in Nr. 18 des Reichsarbeitsblattes abgedruckt und eignet sich auch zu Besprechungen in Versammlungen. Ungert.

Aus der Arbeitskammer des Saargebietes

Zu den wenigen Errungenschaften des „Saarlandes“ gehört auch die Arbeitskammer. Darin ist zusammengestellt aus je 15 Vertretern der drei Gewerkschaftsrichtungen und derselben Anzahl von Unternehmervertretern soll diese Kammer ähnlich wie der Reichswirtschaftsrat die Vorbereitung und Begutachtung der wirtschafts- und sozialpolitischen sowie arbeitsrechtlichen Verordnungen der bekanntlich vom Völkerverbund eingeleiteten, aber vollständig autokratisch regierenden Regierungskommission des Saargebietes durchführen. Daß es nur bei dieser Beratung bleibt und die Regierungskommission unter weitgehendster Berücksichtigung der Wünsche der sozialpolitisch und arbeitsrechtlich vollkommen reaktionär eingestellten und impotent eingestellten französischen Regierung ihre Verordnungen mit Gesetzeskraft erläßt, zeigen die trostlosen Zustände im Arbeitsgebiet der Arbeitskammer.

Nicht die Maßnahmen der Regierungskommission, noch das soziale Verhalten des internationalen Saarunternehmertums haben bis jetzt die Unfall- und Invalidenrentner, die Alterspensionäre, Witwen und Waisen vor dem Verhungern geschützt, sondern die Hilfe der deutschen Reichsregierung bzw. der reichsdeutschen Versicherungsträger.

Jede beabsichtigte Verbesserung bzw. die Aufbringung der dazu notwendigen Mittel scheiterte an dem Widerstande der Unternehmer unter Duldung der Regierungskommission. Klipp und klar ging diese Einstellung wieder hervor aus dem Verhalten der Unternehmervertreter, und zwar der deutschen und französischen, in der vor kurzem stattgefundenen Plenarsitzung der Arbeitskammer. In derselben hatten u. a. die Fraktionen der Arbeitervertreter einen Antrag eingebracht, der die Regierungskommission aufforderte, die Ruß- und Kanngrenze in der Krankenversicherung den Zeitverhältnissen entsprechend zu erhöhen. Die Rußgrenze des Grundlohnes beträgt im Saargebiet 25 Frs.; in vielen knappwirtschaftlichen und Betriebsfronten des Saargebietes bleibt man bei diesen 25 Frs. gleich 4 M. Das tägliche Krankengeld beträgt 50 bis 65 Prozent dieses Grundlohnes, so daß Schattentage von Arbeitern ein tägliches Krankengeld von 12,50 bis 16 Frs. gleich 2 bis 2,10 M. erhalten.

Kein Unternehmer, der auch nur einen Funken menschliches Gefühl im Herzen birgt, hätte gegen diesen berechtigten Antrag der Gewerkschaften, welcher der Regierungskommission noch Spielraum genug in ihren Entschlüssen läßt, etwas einwenden dürfen. Das internationale Unternehmertum des Saargebietes einschließlich des Vertreters des rein deutschen Arbeitgeberverbandes für das saarländische Baugewerbe stimmten gegen den Antrag. Kommentar überflüssig!

Gegen die Stimmen der Handwerkervertretungen wurde ein Antrag angenommen, der den Erlaß eines gegenüber den reichsdeutschen Bestimmungen sehr mildes Nachtarbeitsverbot betrifft. Einstimmig ein Antrag auf Schaffung einer Erwerbslosenversicherung. Gegen die Stimmen der Vertreter des französischen Saarbergbaues ein Antrag an die Regierungskommission auf Erlaß einer Verordnung über den Schutz der Arbeiterauschulungsleute, die heute im Saargebiet, abgesehen von einem geringfügigen Schutz im Bergbau, vollständig schutzlos dastehen.

Annahme fand eine Denkschrift der Regierungskommission auf Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, ebenso ein längst geforderter Verordnungsentwurf über das Verbot des Verkaufs gegen Wechsel im Hausierhandel.

Ein Gutachten betr. Arbeitszeitregelung in den Betrieben, in denen Thomaschlacken gemahlen werden, fand ebenfalls die Zustimmung der Arbeitskammer. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß der eingangs erwähnte bedauerliche Widerstand des gesamten Saarunternehmertums jeden sozialen Fortschritt hemmt und den Wunsch der Arbeiterschaft auf baldige Beendigung des heutigen politischen Regimes im Saargebiet begreiflich erscheinen läßt. (c---k)

Bekanntmachung

Sonntag, den 28. Juli, ist der 31. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Um Betriebsleben und Branchenarbeit (G. W.), S. 466. Die Folgen der Ueberkartellierung (Wbr.), S. 467. Hunderte von Arbeitskollegen... S. 467. Arbeitgeber und Sozialversicherung (W.), S. 468. Gegen die wirtschaftliche Schwarzmalerei (M.), S. 469. Aus unserer Verbandstätigkeit (K. Duder), S. 470. Die menschliche Arbeitskraft, das kostbarste Gut im Betrieb (W. Vogt), S. 471. Unser Jugendtreffen in Südbayern (S. Lauer), S. 472.

Branchenbewegung:

Kunst- und Bauhölzerbranche (M.), S. 472. Achtung! Büromaschinenmechaniker, 1. Bezirk (Sermann Ulrich), S. 473. Elektrikerbranche (Kurt Wagner), S. 473. Zur Bewegung der Solinger Scherenfleischer (... nn.), S. 473.

Aus den Betrieben:

Stahlwerk Dingler, Kärcher u. Cie. (c---l.), S. 474. Eigenartige Rechtsauffassung in Oberschlesien (S. Gorzawski), S. 474. Willkür des Lehrlings-Prüfungsausschusses der Porzellanwerk-A.-G., Oberschlesien (Starra), S. 475.

Verbandsgebiet:

Straulautern (... g.), S. 475. Gotha (Fehrenbecher), S. 476. Schneidemühl, S. 476. Reheim (Klasmeyer), S. 476.

Unterhaltung:

Franz Regel Amrain und ihr Jüngster (Gottfried Keller), S. 473.

Arbeitsrecht — Sozialversicherung:

Reform der Arbeitslosenversicherung (M.), S. 477. Das neue Gesetz über Wochenhilfe (Sch.), S. 478. Ziel — Satz — Müller und ihre Sozialversicherung (Pfeifer), S. 478. Neuregelung der Krisenunterstützung (Ungert), S. 479. Aus der Arbeitskammer des Saargebietes (c---l.), S. 480.

Bekanntmachung:

Seite 480.

Der Deutsche Metallarbeiter erscheint wöchentlich samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhor 17. Fernruf 3356 und 3367. Schluß der Redaktion: Donnerstags abends 6 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Anzeigenpreis: Die gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsuchende 20 Reichspfennig, für Arbeitsangebote 40 Reichspfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapelhor 17. Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.